



Olivenöl aus Palästina

Das ideale Weihnachtsgeschenk! Und ein Beitrag zur Linderung der Not palästinensischer Kleinbauern.

Zu beziehen bei ...

Doku-Zug, St. Oswaldsgasse 16, Zug. 041 726 81 81 / info@doku-zug.ch



- | | | | |
|----|--|----|---|
| 3 | Editorial
Die Schweiz zerblochern
und ausmerzen? Ohne uns! | 14 | Nationalrat – Josef Lang zu
den Bundesratswahlen
Historische Wahl |
| 4 | Abstimmung 8. Februar –
Avanti
Avanti indietro! | 17 | Linke Politik – Lesermeinung
SGA wohin?
Hans Peter Roth fragt ... |
| 6 | Forum
Evolution hat keine Moral | 18 | Linke Politik – Replik
Martin Stuber antwortet ... |
| 8 | Kantonsrat – Strassenprojekte
im Ennetsee
Kummer mit den Kammern | 20 | Interview Martin Stuber
«Die Alternativen haben
viele gute Leute» |
| 11 | Nationalrat – Wahlanalyse
Die Chance gepackt | 23 | Abschied aus der
BULLETIN-Redaktion
Das wars |
| 12 | Nationalrat – Kommentar des
Wahlkampfleiters
Ein Erfolg des
«anderen» Zug | 24 | Serviceteil
Buch
Kino
Frontal
Veranstaltungen
GGR / Kantonsrat
Impressum |
| 13 | Nationalrat –
Fraktionsentscheid
Was wird anders? | | |

Die Gesellschaft zerblochern und ausmerzen? Ohne uns!



Stefan Gisler,
Präsident SGA

Die Bundesratswahl vom 10. Dezember hat eines sichtbar gemacht: Ein Bundesrat Blocher sowie die neue rechtsbürgerliche Regierung sind nicht die Ursache,

sondern die Folge einer gefährlichen Entwicklung. SVP, FDP und teilweise auch CVP führen einen Frontalangriff gegen soziale, ökologische und humanitäre Errungenschaften unserer Gesellschaft. Sie demontieren die Gemeinschaft Schweiz und streben die CH AG an, in der dann die ICH AG Hochkonjunktur hat.

Dass im Zuge dieses Angriffs ein Blocher in die Landesregierung kommt, zeigt, wohin sich unser Land bewegt. Blocher ist wichtigster Mann einer Partei mit totalitären Zügen (überhöhte Führerfigur, einfache Rezepte, Ersticken von Widerspruch innerhalb der eigenen Organisation, Sendungsbewusstsein). Und er selbst hat immer wieder Andersdenkende, Andersaussehende, Anderslebende und Schwächere diffamiert.

Die Rechtsbürgerlichen sind reich und unverschämt. Sie «retten» nicht die Schweiz, sie schanzen sich und ihresgleichen mehr Geld und Macht zu. Sie führen einen Verteilungskampf gegen die grosse Mehrheit. Konkretes Beispiel: das Steuergeschenk-Paket, über das wir im Mai abstimmen. Statt über die Steuern ein Mindestmass an sozialem Ausgleich zu garantieren, werden Privilegierte bevorzugt. Kombiniert mit dem angestrebten Sparprogramm verkommt die Bundespolitik zu einem Instrument der Umverteilung von unten nach oben. Die öffentliche Hand wird totgespart, die Um-

welt zerblochert, der letzte soziale Ausgleich ausgemerzt. Jeder wird auf sich gestellt sein, der Stärkere überleben. Das Programm ähnelt dem Neoliberalismus in den USA unter Reagan, Bush sr. und Bush jr. Und in 10 bis 20 Jahren sind wir so weit wie die USA jetzt. Das Bildungs- und Gesundheitssystem sind am Boden. ArbeitnehmerInnen haben kaum Rechte und schlechte Löhne. Die Menschen sind unterversichert und fürchten um ihre Rente. Armut ist weit verbreitet. Und wenige Reiche haben das Sagen.

Im Bundesrat sitzt nun eine überalterte sozial- und umweltfeindliche Viererbande mit 2 FDP- und 2 SVP-Männern. Dort muss Blocher auch gar nie das Kollegialitätsprinzip verletzen. Denn nicht er wird eingebunden, sondern er bindet den Bundesrat in seine Politik ein und ist dann mehrheitsfähig. Die Kernfrage lautet, wieviel Macht gestehen wir der Viererbande zu? Ein starker Bundesrat kann zusammen mit dem aktuellen Parlament von oben herab die Schweizer Gesellschaft effizient in ihre Einzelteile zerlegen.

Der Widerstand von unten ist gewiss. Das hat die Frauendemo vom 13. Dezember gezeigt – 15 000 kamen nach Bern. Denn der jetzige Bundesrat entspricht in keinster Weise dem «Volkswillen». Es ist paradox. Die Wahlen vom 19. Oktober haben im Parlament per saldo mehr linke Sitze ergeben, doch der Bundesrat rutscht massiv nach rechts. Die SVP und Juniorpartner FDP haben sich nicht für Konkordanz oder politische Inhalte, sondern für Machtzuwachs entschieden. Die Rechtsbürgerlichen werden auch nach dem zweiten SVP-Bundesratssitz ungehemmt Machtansprüche

stellen und alles Andere und alle Anderen bekämpfen. Ja, sie haben Blut gelackt. Der Beweis: der schMERZliche 7. Wahlgang. Noch vor Jahresfrist war Merz wegen seinen Südafrika-Verbindungen als FDP-Parteipräsident unwählbar. Jetzt macht er den Bundesrat noch rechter, noch älter und noch «männlicher». Eine schallende Ohrfeige für die Frauen. Gewählt sind zwei Patriarchen, die zum Beispiel die Mutterschaftsversicherung verhindern wollen.

Die Linke muss sich noch vehementer einsetzen für eine Gesellschaft, die ihre schwächeren Mitglieder mitträgt und für eine Politik, die nicht Unternehmensgewinne und Reichtumsanhäufung für wenige als Kernaufgabe des Gemeinwesens definiert. Der Mensch, nicht die Wirtschaft muss im Zentrum stehen.

Parlamentsarbeit und Regierungsverantwortung sind mögliche Mittel des linken Widerstands. Doch haben diese Grenzen – wie auch die Bundesratswahl zeigte. Es braucht eine starke Opposition bei Abstimmungen, mit Volksinitiativen und Referenden. Es gilt, die Menschen in der Schweiz zu informieren und zu mobilisieren. Politik muss wieder mehr auf der Strasse stattfinden. Soziale, ökologische, gewerkschaftliche und gesellschaftskritische Basisbewegungen spielen künftig eine noch viel wichtigere Rolle.

Die Linke muss sich noch pointierter und engagierter dem bundesrätlichen und bürgerlichen Rechtsrutsch widersetzen. Dabei dürfen wir frech sein, aber die inhaltliche Sachlichkeit nicht verlieren.

Und wenn Blocher bei Annahme der Wahl sagt: «Gott hilf uns.» So antworte ich: «Fürchtet Euch nicht!»

Avanti indietro!

Wird in der Schweiz eine Volksinitiative eingereicht, so stellt ihr der Bundesrat nicht selten einen gemässigten Gegenvorschlag gegenüber. Dies hätte auch bei der Avanti-Initiative für «sicherere und leistungsfähigere Autobahnen» geschehen sollen. Doch eine Mehrheit im National- und Ständerat verschlimmbesserte diesen Gegenvorschlag derart, dass die Avanti-Initianten ihr Begehren beruhigt zurückziehen konnten.

Urs Diethelm, Zug, Sekretär VCS Zug

Aus dem Avanti-Gegenvorschlag wurde schlicht eine zweite Avanti-Initiative mit der Folge, dass unsere ursprüngliche Parole für die Abstimmung vom 8. Februar nicht mehr 2 x Nein, sondern «nur» mehr 1 x Nein heisst. Dies jedoch nicht minder laut und nicht minder überzeugt. Denn ein Ja würde die immer noch viel zu bescheidenen Bestrebungen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs wieder weitgehend zunichte machen, die gesundheitsschädlichen Auswirkungen des motorisierten Verkehrs (und insbesondere des Schwerverkehrs!) verstärken und den in der denkwürdigen Volksabstimmung von 1994 gutgeheissenen Alpenschutzartikel quasi ausser Kraft setzen. Und obendrein wären die geschätz-



ten dreissig Milliarden Franken, welche diese unnötige Übung kosten würde, aufs Äusserste unvereinbar mit all den landauf und landab propagierten teils ehrlichen, mehrheitlich aber auch – weil gegen den jetzigen Sozialstaat gerichteten – unehrlichen Sparübungen.

Noch schlechter machen...

Am letzten Novemberwochenende wurde in der Stadt Zug der neue Bahnhof eingeweiht, der gewiss zu den schönsten in der ganzen Schweiz zählt. «Endlich» muss man sagen, denn sein Vorgänger war rund einhundert Jahre alt und tat seinen Dienst seit die ersten Züge Richtung Süden fuhren. Ende 2004 ist die Stadtbahn betriebsbereit, so dass der Kanton Zug allmählich über ein respektables öffentliches Verkehrsnetz verfügt. Doch umgekehrt stehen diverse Strassenprojekte auf dem Plan und der vor kurzem in die Vernehmlassung geschickten kantonalen «Verordnung betreffend Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr», welche bloss die bereits in Kraft befindlichen diversen Gesetze in einem wichtigen Punkt konkretisiert, weht schon jetzt ein eisigkalter Wind entgegen.

...was schon zu lange falsch lief?

Leider kommt eben vieles sehr spät oder gar zu spät. Vor allem nach dem Zweiten

Weltkrieg haben sich Siedlungsstrukturen, Arbeits- und Freizeitbereiche so sehr auseinander entwickelt, dass heute ein nicht geringer Teil der Leute die Strecken dazwischen tatsächlich nur mit dem Auto innerhalb zumutbarer Zeiten zu bewältigen vermag. Auch ist die Linke an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig, denn zu lange gehörte der Besitz eines Autos zu den sichtbaren Zeichen der angeblich emanzipierten – sprich die (klein)bürgerlichen Lebensarten imitierenden – Arbeiterschaft. Die schweizweiten Investitionen in Strasse und Schiene lagen 1950 noch ungefähr gleichauf. 1970 betrug das Verhältnis rund 6:1, erst ab 1990 verkleinerte sich dieser Abstand wieder etwas, doch waren damals bereits schon so viele Verkehrsteilnehmer auf ihr Auto umgestiegen, dass heute eine auch nur partielle Umkehr höchst schwierig ist.

Dass diese jedoch mit grossen Anstrengungen und zusätzlichen Massnahmen möglich ist, beweist der Zugsverkehr zwischen Luzern, Zug und Zürich. Seit hier die modernen doppelstöckigen Intercity-Züge verkehren, genügt bald auch der Halbstundentakt in den Morgen- und Abendstunden nicht mehr, denn Staus und teure Parkplätze in den Innenstädten brachten manche Berufstätigen, die ausgeruht und pünktlich an ihrem Arbeitsort erscheinen möchten, endlich zur Einsicht.

Avanti-Veranstaltungen

7.1., 19.00, Zalt (Bundesplatz 7), Zug. Infoabend der SGA.

14.1., 20.00, Rest. Rössli, Steinhausen. Infoabend Frische Brise.

17.1., ab 10.00, Bundesplatz, Zug. Avanti-Nein-Aktion.

21.1., 20.00, Burgbachsaal, Zug. Grosse Podiumsdiskussion.

Details: Veranstaltungskalender Seite 27.

Weltweit das dichteste Autobahnnetz

Nun aber sehen ein paar Uneinsichtige das Heil weiterhin und wiederum im zusätzlichen Ausbau von Nationalstrassen. Dies notabene in einem Land, das eines der dichtesten Autobahnnetze auf der ganzen Welt aufweist! Wer unter solchen Massnahmen am meisten leiden wird, sind die bereits heute durch Staus, Abgase und Lärm geprägten Agglomerationen. Strassen rufen stets nach noch mehr Verkehr, weil die Autofahrer zumindest vorübergehend im Glauben gelassen werden, sie hätte nun freie Fahrt, der Verkehr hätte sich «verflüssigt», doch nach kurzer Zeit ist dieser angebliche und zumeist teure Gewinn wieder aufgebraucht. So brachte die Nordumfahrung von Zürich alles andere als die erhoffte Wirkung, hat sich doch seit der Eröffnung der A20 im Jahre 1985 das Verkehrsaufkommen bereits wieder verdoppelt. Folglich war die gewünschte Entlastung auf der Westtangente, welche das Quartier Zürich-West durchschneidet, nicht von Dauer, denn heute wird das vor der Eröffnung vorhandene Verkehrsaufkommen erneut überschritten. Und in Los Angeles konnten selbst mit 18 (in Worten: achtzehn!) Autobahnspuren die Staus nicht aufgelöst werden.

Unglaubliche Versprechungen

Eigentlich müsste ja gerade der Schweiz alles daran liegen, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Nicht nur hat unser Land das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, gerade der vergangene Hitzesommer zeigte auf drastische Weise, welche Schäden vor allem unseren Bergregionen durch die Klimaveränderungen drohen. Deshalb wohl wird denn im Abstimmungskampf immer wieder von den angeblich 300 Millionen Franken die Rede sein, die angeblich den Agglomerationen jährlich zustehen würden. Doch über die genaue Verwendung schweigt sich der

entsprechende Verfassungstext wohlweisslich aus. Es ist zu befürchten, dass auch dort ein Grossteil eher für Strassen und weitere Parkhäuser statt für den öffentlichen Verkehr verwendet wird.

Vielfältige Gegnerschaft

Seit dem Ja zur Bahn 2000 im Jahre 1987 hat sich das Schweizervolk mehrmals für den öffentlichen Verkehr ausgesprochen. Die Liste ist lang: Ja zur NEAT, JA zur Alpen-Initiative, JA zur Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, JA zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und zuletzt im Jahre 2000 ein Ja zum Bilateralen Landverkehrsabkommen. Gegen den sogenannten Gegenvorschlag zur ehemaligen

Avanti-Initiative regt sich erfreulicherweise eine vielfältige Gegnerschaft. Erwähnt seien hier, nebst dem geschlossenen links-grünen Lager, nur ein paar jener Organisationen, die sehr wohl wissen, was hier auf dem Spiele steht. Dazu gehören u.a. die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, der WWF Schweiz, Pro Natura oder der Heimatschutz. Doch gewonnen ist diese eminent wichtige Abstimmung noch längst nicht; die Befürworter werden, wie in solchen Fällen üblich, über sehr viel Geld verfügen und nicht zuletzt jene automobilen Bürgerinnen und Bürger an die Urne rufen, die dort sonst eher selten anzutreffen sind. Deshalb ist jedes Nein wichtig, zumal es hier auch auf das Ständemehr ankommt. ■



Ein Glück, dass die Schweiz auch noch aus Bergen besteht, sonst wäre wohl das ganze Land von Strassen überdeckt wie heute weite Teile des Mittellandes. Die Karte macht z.B. das enorme Verkehrsaufkommen auf den Strassen im Grossraum Zürich deutlich, aber auch zwischen Zug, Baar, Steinhausen und Cham war der Personenverkehr auf den Strasse bereits 1999 beträchtlich und ist seither sogar noch überproportional gestiegen. Umgekehrt das schmale Band auf der Gotthardstrecke, das eindeutig besagt, dass hier der über das ganze Jahr berechnete Verkehr keine zweite Tunnelröhre benötigt. Die Staus beschränken sich auf die Wochenende während der Ferienzeiten und auf die bekannten Feiertage. Zudem wird der weitaus grösste Teil des Schwerverkehrs dereinst durch die bereits in Bau befindliche NEAT geführt.

Evolution hat keine Moral

Aus Evolutionsmodellen lassen sich keine einfachen Verhaltenskonzepte ableiten, während umgekehrt ethische Gesichtspunkte wenig zur wissenschaftlichen Beurteilung der Modelle beitragen.

**Daniel Mülli, Biologe, Zug
Bild BULLETIN**

Im Bulletin 2/03 leitet Michel Mortier im Artikel «Das Ende des Darwinismus» die Überlegenheit des Prinzips der Kooperation über den Konkurrenzkampf, aus einer übergeordneten Bedeutung der Symbiose bzw. der Kooperation für den Fortschritt der Evolution ab und disqualifiziert so auch den auf das Überleben des Individuums fokussierten Darwinismus.

In einem ähnlichen Schluss liefert Mortier, unter Beizug von Analogien naturwissenschaftlicher und geistiger Erklärungsmodelle innerhalb eines Teilbereiches der Evolution, nämlich der Evolutionsgeschichte, in Bulletin 3/03 unter dem Titel «Das dreiteilige Hirn» ein Werkzeug zur besseren Deutung menschlichen Verhaltens. Er postuliert, hiermit möglicherweise «ein einfaches, klares und leicht zu lernendes System... mit dem jeder sich selbst, seine Mitmenschen und seine Zeit besser verstehen und dadurch Fehlverhalten vermeiden könnte» gefunden zu haben. Eine ideal oder zumindest besser funktionierende Gesellschaft liesse sich mit den richtigen Schlüssen aus der Evolutionslehre oder der Gehirnforschung erreichen, wenn man diese nur konsequent im Alltag umsetzt. Primär also eine Willensleistung. Ist das «perfekte Gleichgewicht zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft» überhaupt zu erreichen? Existiert die ideale Gesellschaft und ist der Weg dahin tatsächlich einfach mittels Kooperation und Empathie zu erreichen?

Fragen nach der Berechtigung von Ethik oder der richtigen Ethik stellen sich im Folgenden nicht. Der Autor ist sich mit Mortier in ethischen Fragen möglicherweise weitgehend einig und befürwortet die ethische Beurteilung der Anwendung wissenschaftlicher Methoden. Eine Beurteilung wissenschaftlicher Erkenntnisse anhand ethischer Massstäbe hingegen wird abgelehnt. Anhand eigener Überlegungen zu Evolutionsmechanismen soll die eindimensional geratene Disqualifikation des Darwinismus relativiert und der Weg zur «Verbesserung» der Gesellschaft und des menschlichen Zusammenlebens als weniger einfach dargestellt werden.

Kooperation funktioniert

Die Wissenschaft vermutet – vereinfacht dargestellt – den Ursprung der Zellen höherer Organismen in der erfolgreichen Kooperation primitiverer Lebensformen. Demnach sind die sogenannten Organellen (Bauteile) einer Zelle auf Urlebewesen zurückzuführen. Deren Kooperation gedieh so weit, dass sie im Verlaufe der Entwicklung zu multiplen «Fusionen» und somit zu komplex aufgebauten und funktionierenden Zellen führten. Mehrzellige Organismen wiederum entstanden aus Zusammenschlüssen, Kooperationen solcher Zellen. In einfacher Form bildeten sie zunächst Zellhaufen. Einzelne Zellen oder Zellregionen innerhalb eines solchen Gebildes begannen, verschiedene Funktionen wahrzunehmen, zu differenzieren. Im weiteren Verlauf divergierten sie zu komplett unterschiedlichen Zellen, welche gemeinsam letztlich komplexe Organismen, z.B. auch uns Menschen bilden. Solche Organismen wiederum können in Symbiosen oder Lebensgemeinschaften artübergreifend kooperieren. Kooperation funktioniert hier tatsächlich als Win-Win-System.

Und Konkurrenz funktioniert

Eine Analogie zur Entstehung von Vielzellern entdecken wir in der Zelldifferenzierung während der Embryonalentwicklung. Jeder Embryo durchläuft - quasi stellvertretend für den Lauf der Evolution - den Weg vom Einzeller über den undifferenzierten Zellhaufen zum komplexen Organismus. Während der dabei stattfindenden Zellteilungsprozesse entstehen genetische Mutationen. Ist der Embryo mit diesen Mutationen lebensfähig, so wird das neu geborene Lebewesen mit ihnen in die Umwelt entlassen.

Die Vor- oder Nachteile der erfolgten Mutationen stehen damit auf dem Prüfstand der herrschenden Umweltbedingungen und der Konkurrenz innerhalb von und zwischen den Arten. Steigert die Mutation, mit dem ein Lebewesen ausgerüstet ist, letztendlich seine Chancen zur Fortpflanzung? Diese Frage, so reduziert sie auch erscheint, ist ausschlaggebend. Genetische Unterschiede sind eine Folge (auch künstlicher) sexueller Fortpflanzung. Konkurrenz ist die Konsequenz daraus, dass die dabei entstandenen, unterschiedlich disponierten Individuen von beschränkten Ressourcen leben müssen. In einer endlichen Umwelt können sich nicht beliebig viele genetische Varianten halten. Sie müssen sich gegeneinander behaupten. Auch ein Lebewesen, welches kooperatives Verhalten zeigt, muss im Hinblick auf die Fortpflanzung anders disponierte Konkurrenten übertrumpfen, um sein kooperatives Verhalten an Nachkommen weitergeben zu können. Anders als über diesen von Konkurrenz geprägten Engpass der sexuellen Fortpflanzung können sich Gene und somit Verhaltensweisen in der Natur nicht erhalten beziehungsweise ausbreiten.

Wird Verhalten tatsächlich vererbt? Menschliches Verhalten vererbt sich nicht nach einfachen Gesetzen. Menschen sind mit ihrer genetischen Dispo-



Kooperation oder Konkurrenz? Miteinander oder gegeneinander? Die Schweiz mit den anderen oder gegen die anderen?

sition nicht auf eine starre Palette von definierten Verhaltensweisen für bestimmte Situationen programmiert. Wir sind keine Maschinen. Vielmehr geht man davon aus, dass wir mit der Erbinformation ein so genanntes Verhaltenspotenzial erhalten, welches wir je nach Umweltsituation unterschiedlich anwenden und im Verlaufe unseres Lebens weiter entwickeln und anpassen. Die Grenzen, die dieses Verhaltenspotenzial uns steckt, vermögen wir aber nicht zu sprengen. Wir können – im auf unser Verhalten übertragenen Sinne – nicht aus unserer Haut.

Edward A. Wilson ging mit dieser Ansicht in dem von ihm geprägten Begriff der Soziobiologie so weit, dass letztlich aufgrund der genetisch festgeschriebenen Verhaltensweisen auch Aspekte des menschlichen Lebens wie Religion, Ethik, Kooperation, Wettbewerb, Fremdenfeindlichkeit, Krieg etc. mit der natürlichen Selektion erklärt werden können.

Konkurrenz und Kooperation im Darwinismus

Kooperation etabliert sich wie erläutert nur via Konkurrenzdruck, nämlich dann, wenn sie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderem Verhalten bietet. Kooperation und Konkurrenz lassen sich in der Evolution nicht unabhängig betrachten, beides sind wichtige, treibende Momente. Es spricht nichts dagegen, dass sich innerhalb darwinistischer Evolutionsmodelle auch kooperatives, oder altruistisches Verhalten zu etablieren vermöchte. Der Neodarwinismus, die Synthese von Mendelscher

Erblehre und Darwins Prinzip der natürlichen Selektion durch Konkurrenz, ist allein durch die Existenz und den Erfolg kooperativer Lebensweisen nicht widerlegt.

Die Frage nach dem Entstehen von Altruismus, kooperativem Verhalten ohne sofortige Aussicht auf Belohnung, ist noch nicht generell beantwortet. Unbestritten ist hierbei die Bedeutung des Selektionsprozesses. Unklar sind die einzelnen Evolutionsschritte: Egoismus bringt zumindest kurzfristig Vorteile. Wie also gelang es der Evolution, altruistisches Verhalten zu etablieren? Ein Gesellschaftssystem, welches solches Verhalten registrierte und indirekt belohnte, existierte zunächst nicht. Tatsächlich tut sich die Wissenschaft mit dieser Frage schwer. Erklärungsversuche wie etwa das «egoistische Gen» (Dawkins) oder der «indirekt reziproke Altruismus» (Nowak & Sigmund) beantworten diese Frage nicht oder nur unzureichend.

Wissenschaft nicht mittels Ethik messen

Ein oft geäussertes Kritikpunkt an Darwins Theorie der natürlichen Selektion, ist ihre geistige Nähe zu den Wirtschaftslehren von Adam Smith aus dem 19. Jh. Diese fordern Wettbewerb und Kampf zwischen Individuen und basieren auf der Ausmerzung des Schwachen. Dazu meint der Evolutionsbiologe Stephen Jay Gould: «Darwin mag die Idee der natürlichen Selektion von der Nationalökonomie kopiert haben, deswegen kann sie trotzdem richtig sein.» Die Aussage «Gott würfeln nicht» steht

stellvertretend für religiös motivierte Einwände. Unsinnig ist es, ethisch unkorrektes, etwa rassistisches Verhalten als angewandten Darwinismus zu klassieren und diesen deshalb zu verteufeln. Die Beurteilung naturwissenschaftlicher Resultate unter ethischen Gesichtspunkten birgt die Gefahr, das Natürliche mit dem Guten zu verwechseln. Douglas Futuyma schreibt: «Evolution und natürliche Selektion sind durch unsere Welt gegeben. Aber ob sie es sein sollten, ist eine Frage auf die es keine naturwissenschaftliche Antwort geben kann.»

Die ideale Gesellschaft existiert nicht Weder Konkurrenz noch Kooperation sind isoliert betrachtet Erfolgsmodelle. Konkurrenz und Kooperation gehen vielmehr Hand in Hand. Bessere Formen menschlichen Zusammenlebens und Verstehens als realisierbares Produkt optimaler Kooperation unter Ausschluss von Konkurrenz in Aussicht zu stellen, blendet einen Teil unseres Wesens aus. Aufgrund unserer Verhaltensdisposition kann sich die menschliche Gesellschaft und darin enthalten etwa die Politik – auch mit Hilfe ethischer, religiöser oder philosophischer Modelle bzw. wissenschaftlicher Erkenntnisse – nicht aus dem sie formenden Wechselspiel der beiden Prinzipien lösen. Vielleicht ist damit die Erbsünde gemeint.

Bei strenger Betrachtung vermag heute die Wissenschaft aber mittels der Evolutionstheorien nicht präzise nachzuweisen, welches wirklich universelle menschliche Verhaltensweisen sind und inwiefern diese eine genetische Basis haben. Es bleibt also noch Raum für Diskussionen. ■

Kummer mit den Kammern

Kammerkonzept – so heisst das Zauberwort, das die Verkehrsprobleme in Cham und Umgebung lösen soll. Dieses Konzept definiert mit einer neuen Kantonsstrasse vier Raumkammern für das Gebiet zwischen den bebauten Gebieten von Cham und der Autobahn. Die neue Strasse soll den Verkehr möglichst direkt auf die A4 leiten.

**Berty Zeiter, SGA-Kantonsrätin, Baar
Bild Adalina Odermatt**

Das Chamer Zentrum erstickt im Verkehr, der nicht nur von den Chamern selbst stammt, sondern auch vom Transitverkehr zwischen Zug und Risch/Rotkreuz sowie vor allem Hünenberg. Die Situation zeigt sich phasenweise so arg, dass auch für die ZVB-Busse kaum mehr ein Durchkommen ist.

Cham war bereits in den vergangenen Jahrzehnten von enormen Verkehrsproblemen bedrängt. Die grossen Staus anfangs der 70er-Jahre vom Alpenblick bis ins Dorfzentrum hoffte man mit dem Bau der Autobahn zu beheben. 1974 wurde die A4 eröffnet. Doch die Freude über den verminderten Verkehr im Dorfzentrum war von kurzer Dauer. Seit den 80er-Jahren nahm der Verkehr erneut zu. Niemand wagte einschneidende flankierende Massnahmen zu ergreifen, und unterdessen ist der Stau in Cham grösser als vor dem Bau der Autobahn.

Zielsetzungen

Mit der neuesten Planung werden mehrere Ziele verfolgt: möglichst grosse Entlastung der Kantonsstrassen im Zentrum von Cham und Priorisierung des öffentlichen Verkehrs (öV); möglichst keine Entlastung der Autobahn zwi-

schen den Anschlüssen Zug und Lindencham; Umsetzung des kantonalen Gesamtverkehrskonzeptes, das nachfrageorientiert beim öV und angebotsorientiert beim motorisierten Individualverkehr (MIV). Weiter sollen gemäss Teilrichtplan Verkehr die Lebensqualität verbessert, der öV gefördert und die Verkehrsräume auf die Ortsbilder abgestimmt werden.

Das Kammerkonzept hat in der Alternativen Fraktion intensive Diskussionen ausgelöst. Es ist der Fraktion klar, dass sich Verkehrsprobleme und die Schadstoffminderung der Luft nicht mit dem Bau weiterer Strassen lösen lassen. Andererseits ist die Situation des öV in Cham ebenfalls sehr heikel und nicht mit der Stadtbahn alleine zu verbessern. Bei der Bekämpfung der S+E-Strasse in Cham, die unterdessen aus dem Verkehrsrichtplan gestrichen wurde, waren auch die Alternativen der Meinung, dass die Lenkung des Strassenverkehrs auf die A4 gemäss dem Kammerkonzept zu prüfen sei.

Projektidee

Das Konzept umfasst vier Kammern, die sich vom Alpenblick bis nach Holzhäusern erstrecken. Die Kammer A reicht vom Alpenblick bis zur Knonauerstrasse. Die neue Kantonsstrasse soll vom Autobahnzubringer her hinter den Gebieten Mugerren/Duggeli durchführen. Unter der Schluetch wird sie über 500 m weit in einem Tagbautunnel geführt und mündet dann mit einem Kreisel in die Knonauerstrasse.

Die Kammer B reicht von der Knonauer- bis zur Sinslerstrasse, und diese Kantonsstrasse wird ab der Knonauerstrasse parallel zur A4 geführt (gilt auch für Kammer C). Der Bereich nördlich der Autobahn ist vom Kammerkonzept abgekoppelt und wird im Zusammenhang mit dem 6-Spur-Ausbau der Autobahn betrachtet.

Die Kammer C umfasst den Raum zwischen der Sinsler- und der Hünenbergerstrasse im Schlatt. Und die Kammer D reicht schliesslich vom Schlatt bis ins Hünenberger Industriegebiet Bösch.

Gemäss Projekt sollte die Erstellung der Kammern B, C und D mit dem 6-Spur-Ausbau der A4 koordiniert werden. Nur so werde ermöglicht, dass der Verkehr aus den Kammern auf schnellstem Weg auf die Autobahn abfliessen kann.

Der Baubeginn für die Kammern B und C ist im Jahr 2008 vorgesehen, die Kammern A und D sollten zwischen 2008 und 2014 in Angriff genommen werden. Das Investitionsvolumen für alle vier Kammern wird voraussichtlich etwa 210 Millionen Franken betragen, für die Kammern B und C vorerst rund 90 Millionen Franken. Der Kredit für das Generelle Projekt, der vom Kantonsrat am 27. November 2003 gesprochen wurde, beträgt 2,5 Millionen Franken.

Phasen der Projektierung

Die Projektbearbeitung ist dreistufig: Generelles Projekt, Auflageprojekt und Bau. Mit dem Generellen Projekt werden Linienführung, Normalprofile und Anschlüsse festgelegt. Diese Planung erstreckt sich über alle vier Kammern.

Nach der Ausarbeitung des Generellen Projektes soll ein Kantonsratsentscheid das Auflageprojekt, also die Bauausschreibung für die Kammern B und C auslösen, da diese zwei Kammern nach dem Teilrichtplan Verkehr erste Priorität geniessen. Die Kammern A und D würden später und allenfalls gestaffelt realisiert. Wichtig ist zu wissen, dass sämtliche Kreditvorlagen referendumsfähig sind.

Die kantonsrätliche Strassenbaukommission hat sich aufgrund dieser verschiedenen Referendumsmöglichkeiten bereits Sorgen gemacht, dass nur die Kammern B und C gebaut und die Kam-

mern A und D später allenfalls aus politischen Gründen gestrichen werden. Sie erinnert an das Vorgehen bei der Nordzufahrt und sieht darin den Lösungsansatz. Damals war mit der Genehmigung des generellen Projektes gleichzeitig ein Rahmenkredit für die gesamte Planung, den Landerwerb sowie den Bau des gesamten Projektes beschlossen worden. Einzig dieser Beschluss war referendumsfähig. Die Mehrheit in der Strassenbaukommission stellt sich vor, beim Kammerkonzert ähnlich vorzugehen. Konkret heisst dies, dass der Kantonsrat voraussichtlich im Sommer 2005 zusammen mit der Genehmigung des Generellen Projektes über das weitere Vorgehen entscheiden wird. Dies wäre auch der Zeitpunkt, wo die Gegner des Vorhabens ein Referendum erwägen müssten.

Vorbehalte der Alternativen

Allen Erwartungen zum Trotz bleiben kritische Fragen und Anmerkungen:

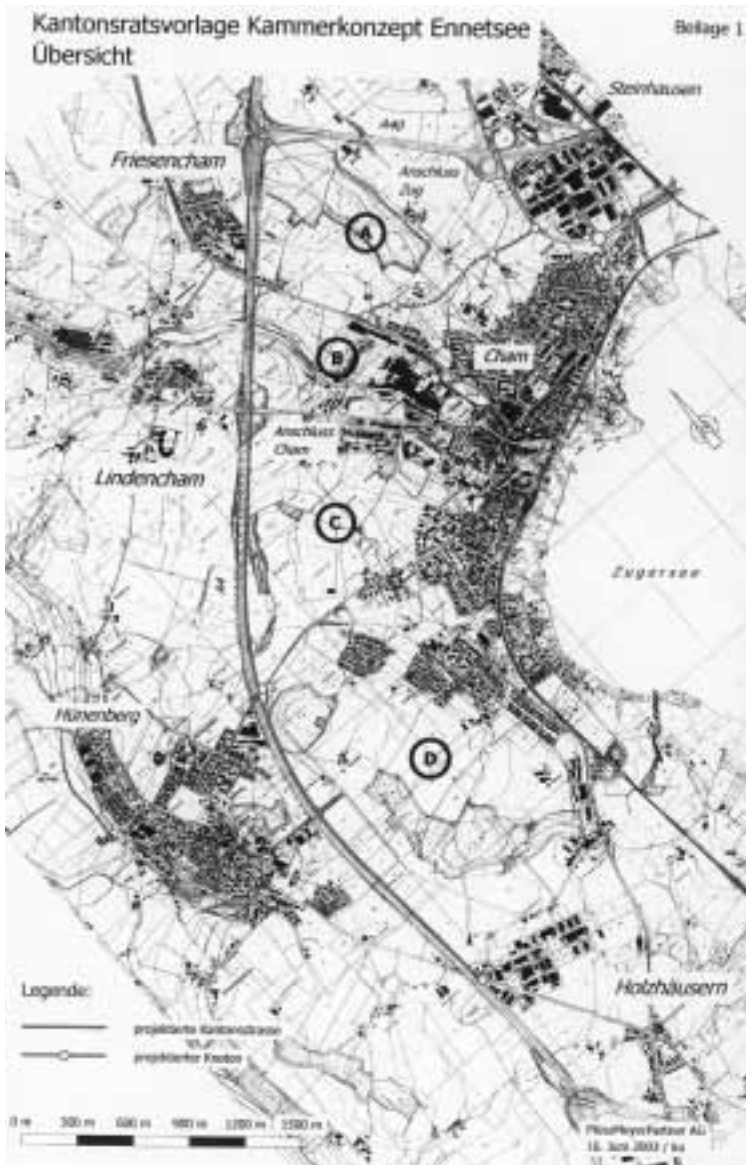
Gelingt es, den Verkehr tatsächlich auf die Umfahrungsstrassen zu bringen? Ein kurzer Blick auf die Karte zeigt, dass dies kilometermässig erhebliche Umwegfahrten sind. Das gilt für den Ziel-Quellverkehr wie auch für den Binnenverkehr.

Wir betrachten die Anschlussbauwerke als enorme Eingriffe in die Landschaft. Zudem ergäben sich durch die Umsetzung des Kammerkonzertes und des gleichzeitigen 6-Spur-Ausbaus der A4 insgesamt acht Spuren, welche die Landschaft zerschneiden. Das ist inakzeptabel, weshalb die Alternativen im Kantonsrat dem 6-Spur-Ausbau opponiert haben.

Die Frage der Verhältnismässigkeit von Kosten und Nutzen lässt sich nur beantworten, wenn aufgezeigt wird, worin der konkrete Nutzen für Cham und Hünenberg besteht. Dafür fehlen uns in den Arbeitsgrundlagen die Zahlen über die Anteile von Ziel- und Quellverkehr,



Chams Zentrum erstickt im Verkehr. Doch bringen die weiträumigen, teuren Umfahrungen (Kammerkonzert) eine Entlastung? Dazu fehlen jegliche Informationen.



Baubeginn für die zusätzlichen Strassen in den Kammern B und C soll 2008 sein. A und D sollen bis 2014 erstellt sein. Kostenpunkt: mindestens 210 Millionen Franken. Das ist um einiges teurer als zum Beispiel das Zentralspital.

Binnen- und Durchgangsverkehr. Können wir uns solch monumentale Strassenbauwerke überhaupt leisten? Wer-

den effiziente flankierende Massnahmen tatsächlich geplant und umgesetzt?

Sind die Gemeinden Cham, Hünenberg und Risch gewillt, flankierende Massnahmen zu bezahlen, oder werden diese der um sich greifenden Sparhysterie zum Opfer fallen? Und wir fragen uns, warum der allseits deklarierte Sparwillen der bürgerlichen Parteien den Strassenbau ausklammert.

Genauere Abklärungen gefordert

Dass etwas getan werden muss, um Cham von der aktuellen Verkehrsmisere zu entlasten, ist allen klar. Die Alternative Fraktion hat sich deshalb zu einem Kompromiss durchgerungen und im Kantonsrat folgende Bedingungen gestellt:

Das Generelle Projekt hat aufzuzeigen, dass das Verkehrsregime und die flankierenden Massnahmen erlauben, dem öffentlichen Verkehr den benötigten Verkehrsraum zur Verfügung zu stellen, im Speziellen auf der Hauptverkehrsachse durch Cham (Zuger-/Luzernerstrasse).

Weiter hat das Generelle Projekt aufzuzeigen, dass die flankierenden Massnahmen der Gemeinde Cham eine Zentrumsgestaltung mit der Gleichberechtigung aller Verkehrsträger (öV, MIV, Langsamverkehr) erlauben.

Da der Baudirektor in Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsdirektor – der zuständig ist für den öV – zugesichert hat, dass das Generelle Projekt diese Anforderungen erfüllen wird, hat die Alternative Fraktion dem Kammerkonzert nicht opponiert und sich der Stimme enthalten.

Es ist für uns wesentlich, dass diese Anforderungen zwingend im Generellen Projekt enthalten sind und dafür bereits im Baukredit entsprechende Mittel verbindlich festgelegt werden. Über den Baukredit soll eine Volksabstimmung gesondert entscheiden. Zu so einem grossen Projekt muss der Souverän das letzte Wort haben. ■

Die Chance gepackt

Was noch im Sommer 2002 niemand für möglich gehalten hätte, ist im Herbst 2003 Tatsache geworden: Die Zuger Alternativen erringen mit Jo Lang den linken Nationalratssitz.

Martin Stuber, BULLETIN-Redaktor

Nach den Resultaten der Herbstwahlen 2002, wo in der Stadt Zug die SGA zur zweitstärksten Partei aufgestiegen ist und die linke Regierungsratsliste alle drei bürgerlichen Parteien hinter sich lassen konnte, waren zwei Dinge klar: Mit zwei glaubwürdigen und untereinander verbundenen Listen holt die Zuger Linke den vor vier Jahren verlorenen Nationalratssitz wieder zurück. Und trotz des Umstandes, dass die Zuger SP von der nationalen Präsenz ihrer Partei profitieren kann, haben die Alternativen diesmal eine Chance auf den Sitz.

Nationaler Bonus für die SP

Beim Nationalratsproporz zählt jede persönliche Stimme als Parteistimme, im Gegensatz zum in Zug sonst üblichen Listenproporz, wo nur die Liste zählt. Es ist deshalb anzunehmen, dass die ZugerInnen auch beim Nationalrat in erster Linie die Liste wählen. Ein Blick auf die Listenstimmen lohnt sich also. Hier zeigt sich tatsächlich der nationale Bonus für die SP, denn 4878 ZugerInnen bedienten sich der SP-Liste, während nur 4134 die alternative Liste einwarfen. Zum Vergleich: Bei den Regierungsratswahlen 2002 waren es 8231 – die Linke legte nochmals 800 Listen zu!

Die Analyse der Listenstimmen beinhaltet eine Botschaft an die SP – wenn die nationale SP in den kommenden vier Jahren eine gute Politik macht und die SP mit einer personell glaubwürdigen Liste antritt, dann hat sie eine Chance, den linken Sitz für sich zurückzuholen. Um-



gekehrt: Dann werden die Alternativen sich trotz Bisherigen-Bonus anstrengen müssen, um den Sitz zu verteidigen.

Betrachten wir die prozentualen Anteile bei den bürgerlichen Parteien, wird sofort klar, wie stark die nationale Ausstrahlung der Blocherpartei bei den NR-Wahlen die SVP begünstigte. Die SVP profitierte auch am meisten von der höheren Stimmbeteiligung (siehe Diagramm).

Entscheidend: Panaschierstimmen...

Erst eine Analyse der Panaschierstatistik beantwortet die Frage, weshalb die Alternativen trotz dem grossen Rückstand bei den Listen den Sitz geholt haben: Jo Lang machte alleine auf der SP-Liste fast 1200 Stimmen – er stand also auf jeder vierten SP-Liste. Den Ausschlag gegeben hat der Panaschiersaldo zwischen Alternativen und SP: Die Alternativen KandidatInnen holten auf der SP-Liste 2005 Stimmen, während es umgekehrt für SP-KandidatInnen auf der AL-Liste nur gerade 877 Stimmen waren. Nicht nur Jo holte sehr viele Stimmen bei der SP, auch Manuela Weichelt erzielte mit 598 SP-Stimmen ein wesentlich besseres Ergebnis als umgekehrt Käthy Hofer mit 407 AL-Stimmen.

Damit konnte die Alternative Liste auch das bessere Panaschiererergebnis der SP auf bürgerlichen Listen kompensieren – hier stehen 1791 Stimmen für die SP den 1381 Stimmen für AL-KandidatInnen gegenüber. Allerdings verlor die SP 1368

Stimmen an bürgerliche KandidatInnen, die auf ihre Liste geschrieben wurden, während es bei der AL nur gerade 816 Stimmen waren. Erwähnenswert: Beide linken Listen haben gegenüber den Bürgerlichen einen positiven Panaschiersaldo. Plus 423 bei der SP und plus 561 bei der AL. Neckischerweise entspricht der Vorsprung der AL beim Panaschiersaldo mit den Bürgerlichen ziemlich genau dem Unterschied beim Gesamtergebnis.

...und das Streichresultat

Überraschung schliesslich bei den Streichresultaten, die wegen der Möglichkeit, KandidatInnen zu kumulieren, nur für die gesamte Liste ausgerechnet werden können. Während auf der SP-Liste 3663 mal gestrichen wurde, hat die Alternative Wählerschaft davon nur 1879 mal Gebrauch gemacht.

Für die Frauen enttäuschend

Oft und zu Recht gehört: Wieder keine Frau gewählt. Enttäuschend ist das Resultat von Manuela Weichelt, für sie selber und auch für uns: Offenbar ist das Gedächtnis auch bei der linken Wählerschaft und in den Medien kurz – Manuela ist seit einem Jahr nicht mehr Kantonsrätin. Endgültig vorbei ist es mit dem Frauenbonus. Und die alternativen Frauen zeigten sich nicht in der Lage, eine wirkungsvolle Kampagne für eine alternative Frau nach Bern zu machen. ■

Ein Erfolg des «anderen» Zug

Gehofft hatten wir immer. Aber dass die Zuger Alternativen einen Nationalrats-sitz erringen würden, war für uns alle eine freudige Überraschung. Den Gründen für diesen Erfolg geht der Wahlkampfleiter der Alternativen nach.

**Hanspeter Uster, Regierungsrat, Baar
Bild Adalina Odermatt**

Dass sich ein inhaltlicher Wahlkampf lohnt, dass sich eine jahrelange beharrliche und kompetente politische Arbeit auszahlt, haben die Wählerinnen und Wähler honoriert. Dieser Sitz wäre nicht möglich gewesen ohne unsere starken Kandidaturen. Manuela Weichelt-Picard, Erwina Winiger Jutz und Josef Lang führten als Team gemeinsam einen inhaltlichen Wahlkampf. Das war nach aussen und nach innen spürbar. Es gab keine Spitzenkandidatur, weder formell noch informell, die öffentlichen Auftritte waren paritätisch besetzt, die Werbung erfolgte gemeinsam und die Testimonials waren ausgewogen.

Sein statt Design

Auch wenn unsere Werbung – wie schon letztes Jahr eine konzeptionelle und grafische Meisterleistung von Urs Bachmann – sehr gut ankam: Sie war kein hohles Gefäss, sondern Ausdruck von Frische, Teamgeist und wesentlichen



Volles Haus bei den alternativen Wahlveranstaltungen.

Inhalten. Unser Wahlspruch «sozial, ökologisch, glaubwürdig» überzeugte, weil er den Leistungen der Alternativen im Kanton Zug und dem persönlichen Engagement unserer Kandidierenden entsprach.

In der Wahlkampagne stellten wir Inhalte ins Zentrum. Dass die Grünen gesamtschweizerisch an linkem Profil gewonnen hatten, war uns diesmal von Nutzen. Bei früheren Wahlen hatten wir – anders als die SP, die stets von der SP Schweiz zusätzlich profitieren konnte – von den Grünen keinen Schub bekommen. Im Sommer korrespondierte das grüne und linksalternative Referendum gegen das Steuerpaket optimal mit dem alternativen Vorstoss im Kantonsrat zugunsten des Kantone-Referendums. Auch der alternative Widerstand gegen das Sparpaket passte gut in dieses Umfeld. Das grüne Profil verstärkte sich durch den Klimasonner; dazu kam die grüne und in Zug vor allem alternative Präsenz in der Antikriegsbewegung im Frühling.

Langfristige Arbeit zahlt sich aus

Alle diese Politikfelder sind für uns Alternative nichts Neues. Ich bin überzeugt, dass Wahlen nicht in wenigen Wochen Wahlkampf, sondern längerfristig gewonnen oder verloren werden. Unsere profiliert soziale und ökologische Politik ausserhalb der Parlamente hat eine über 30-jährige Tradition, und seit 20 Jahren sind wir auch im Parlament aktiv. Mehrfach wurde mir bestätigt, dass die Alternativen und Jo Lang persönlich das Nationalratsmandat verdient hätten durch den mutigen und

hartnäckigen Einsatz für das andere Zug. Symbolischer und tatsächlicher Ausdruck dieses Anders-Seins und Anders-Handelns war die Crown-Demo anfangs 2003 nach dem Untergang der «Prestige» vor der galizischen Küste.

Potential mit Reserven

Ohne den breiten alternativen Zusammenschluss, der den einzelnen Parteien in den Gemeinden dennoch genügend Spielraum für eigene Aktivitäten liess, wäre der Sitzgewinn nicht möglich gewesen. Die Arbeit der Frischen Brise in Steinhausen hat die Wählerschaft hervorragend honoriert; aber auch in den anderen Gemeinden, selbst in Oberägeri und Menzingen, spielte die Stärke der dortigen Gruppen möglicherweise das Zünglein an der Waage angesichts des knappen Rennens innerhalb der Listenverbindung von SP und Alternativen. Klar ist aber auch, dass ein alternativer Sitz ohne die SP nicht möglich gewesen wäre. Der SP und ihren Kandidierenden gebührt daher ebenfalls grosser Dank, genauso wie dem Mieterverband und den Gewerkschaften, die uns mit Inseraten und Leserbriefen unterstützt haben.

Alle, für deren Anliegen wir uns einsetzen, werden künftig aber noch stärker gefordert sein, namentlich die Umweltverbände. Auch in Baar lässt sich das Resultat verbessern: Eine Baarer Kandidatur für die Wahlen 2007 würde dort zusätzliche Stimmen mobilisieren.

Schön, dass es noch unausgeschöpfte Reserven gibt. Ich denke da ausserdem an das Projekt eines Daches «Alternative Kanton Zug», das die Kräfte bündeln und trotzdem die lokalen Eigenständigkeiten und Stärken erhalten soll. Und auch vom Bundesparlamentarier Jo Lang erhoffen wir uns Rückenwind. Er wird in Bern nationale Fragen mit globalen verknüpfen und für diese anspruchsvolle Aufgabe wünschen wir ihm viel Erfolg und Befriedigung. ■

Was wird anders?



Jo Lang tritt der Grünen Fraktion im Nationalrat bei. Fraktionschefin Cécile Bühlmann hält viel vom neuen politischen Schwergewicht in Bern.

Der Fraktionsbeitritt des neu gewählten Zuger Nationalrats Jo Lang entschied sich an einer Versammlung der alternativen Parteibasis in Zug. Gastreferentin war Cécile Bühlmann, Luzerner Nationalrätin und Fraktionschefin der Grünen. Durch den Abend führte Wahlkampagnenleiter Hanspeter Uster.

**Gerhard Schmid, BULLETIN-Redaktor
Bilder Martin Stuber**

Die erfreuliche Wahlbilanz der Zuger Alternativen kam nicht von ungefähr. Ihre konsequent linksgrüne Politik, das öffentliche Engagement für den Frieden und gegen skrupellose Praktiken des Finanz- und Handelsplatzes Zug sowie eine gute Verankerung der Kandidierenden in ihren Stammgemeinden trugen wesentlich zum Erfolg bei. Dank ver-

dient auch die Bündnispartnerin SP, ohne die ein linker Sitzgewinn unerreichbar geblieben wäre.

Gefestigte linksgrüne Position

Die Versammlung war einhellig der Meinung, dass sich Jo in Bern der grünen Fraktion anschliessen sollte. Der Stimmenzuwachs bei den Grünen von über 50 Prozent erhöht ihre Präsenz im Nationalrat auf 15 Sitze, was eine Doppelvertretung in fast allen parlamentarischen Kommissionen zur Folge hat. Jo ist bereits gesetzt für die Sicherheitskommission und wird sich dort mit seinem ganzheitlichen Denken nicht nur Freunde schaffen. Aus der neuen Situation ergeben sich optimale Arbeitsteilung, Redezeit im Plenum sowie Profilierungsmöglichkeiten.

Ein linksgrünes Nationalratsmitglied benötigt in seinem 50-Prozent-Job Hilfe

von aussen, namentlich von fachkundigen Spezialisten und NGOs. Aber auch den Kontakt zur Basis will Jo pflegen. Die vom früheren SP-Nationalrat Armin Jans begonnene Tradition, «Hintergründiges» via Rundschreiben zu berichten, gedenkt Jo weiterzuführen. Unser im Sessionsrhythmus erscheinendes BULLETIN wird um die Rubrik «Nationalrat» erweitert. Den Puls fühlen möchte Jo auch an Parteianlässen und öffentlichen Auftritten von Alternativen und SP. Ein Beitritt der alternativen Gruppierungen Zugs zur Grünen Partei Schweiz ist zwar nicht ausgeschlossen, aber zuerst muss auf kantonaler Ebene die Zusammenarbeit diskutiert werden.

Perspektiven

Es wäre eine Illusion zu glauben, die gestärkten grünen und linken Kräfte vermöchten gegen den noch kompakteren Rechtsblock mehr auszurichten als in der für uns enttäuschenden letzten Legislatur. Ihre Chancen liegen vielmehr darin, die «Bürgerlichen ohne Bürgersinn» (Roger de Weck) in- und ausserhalb des Parlaments an ihren Widersprüchen festzumachen: Sie verunglimpfen schwache Minderheiten, schanzten den Privilegierten Steuervorteile zu, höhlen den Rechtsstaat aus, schachern um einflussreiche Pöstchen, demontieren staatliche Dienstleistungen und Kontrollfunktionen, huldigen einem exzessiven Strassenbau, sabotieren den kartellfreien Wettbewerb, mauern gegenüber Europa, verheddern sich im Pensionskassenschungel, in der Drogenpolitik, im verfassungsmässigen Auftrag einer Mutterschaftsversicherung usw. Kurz, sie untergraben wichtige Eckpfeiler für eine offene, selbstbewusste und lebenswerte Schweiz. Ziel der Grünen müsste es sein, in absehbarer Zeit den Platz (auch im Bundesrat) einer bedeutungslos gewordenen oder mit der zweiten Krisenpartei fusionierten CVP einzunehmen. ■

Historische Wahl

Jo Lang stemmte sich gegen Blocher und Merz, verfasste im Vorfeld der Wahlen einen bei den Linken viel beachteten Appell gegen die beiden alten Patriarchen und musste dennoch einen massiven Rechtsrutsch in Bundesbern miterleben.

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug – Bild «Le Temps»

Als Historiker wusste ich, dass historische Augenblicke viel banaler ablaufen, als sie aus der zeitlichen oder räumlichen Distanz wirken. Es ist wie bei einem Orkan, der bekanntlich in seiner Mitte am ruhigsten ist. In den Sälen und Zimmern des Landes dürfte die Bundesratswahl wegen der medialen Kommentare und den Kameraeinstellungen viel spannungsgeladener gewesen sein. Bundesratswahlen haben noch mehr als andere Wahlen ihre Regeln und Rituale, die die Wirkung eines Beruhigungsmittels haben. Auf jeden Fall hatte ich den Eindruck, die Medienschaffenden seien viel nervöser als die Politikerinnen und Politiker.

Jubel wie am Schwingfest

Es gab einen einzigen Moment, in welchem mir das Gefühl sofort mitteilte, dass etwas Aussergewöhnliches passiert war. Es war die Lautstärke und die Tönung des Jubels einen Sekundenbruchteil nach der Bekanntgabe der Blocher-Wahl. Der Lärm aus der rechten Ratschiffte erinnerte mich an den Aufschrei nach dem Schlussgang eines Schwingfestes. Weil der Saal im Unterschied zu einer Sportarena geschlossen ist, war er noch lauter. Und weil die Frauen im rechtsbürgerlichen Lager noch schwächer vertreten sind als an einem Schwingfest, tönte er noch männlicher.

«Denen haben wirs gezeigt»

Was mir am meisten in die Knochen fuhr, war ein grollender, eher freudloser Unterton: «Denen haben wirs gezeigt.» Und: «Die werden uns noch kennen lernen.» In diesem Moment gab es für mich nicht mehr den geringsten Zweifel, dass es auch der rechte Merz schaffen wird. Ich wusste zwar zum voraus, dass es noch schwieriger sein wird, Beerli gegen Merz durchzubringen als Metzler gegen Blocher zu verteidigen. Aber dieses Donnerrollen sagte mir, dass jetzt erst recht durchgestartet wird.

Eines Besseren belehrt

In der linken Ratschiffte herrschte stilles Entsetzen. Wer bei den Linken bis zu diesem Moment geglaubt hatte, eine Blocher-Wahl wäre nicht so schlimm, den belehrte spätestens das rechte Triumphgeschrei aus tiefster Brust eines Besseren. Mein erster Blick ging zu meinen beiden Banknachbarinnen Ruth Genner und Cécile Bühlmann. Ihnen ist der rechte Lärm noch mehr eingefahren.

Darauf schaute ich nach vorn zu den drei welschen GenossInnen, die im dritten Wahlgang demonstrativ leer eingelegt hatten. Ihnen war die Erleichterung anzumerken, dass der Unterschied zwischen Blocher und Metzler grösser als ihre drei Stimmen war.

Schliesslich wandte ich mich nach hinten zu Gerhard Pfister. Geri hatte die letzten Tage gelitten, aber weniger unter der Aussicht, die CVP könnte einen Sitz verlieren. Sein Leiden wurde durch die täglichen Zeitungsberichte verursacht, die seine Partei im Bündnis mit der Linken darstellten. Ich war mir deshalb unsicher, wen der Zuger CVP-Vertreter im wichtigsten aller Gänge, dem dritten, wählen würde. Sein Gesichtsausdruck passte für einmal bestens in die linke Politlandschaft. Hätte er Blocher gewählt, wäre er reif für den Oskar als bester



Jo Lang versucht Josef Zysiadis (beide PdA). Marianne H... überzeugen, zur Verhinderung einer Blocher-Wahl Ruth... Linken (siehe Seite 15) am Montag während der Sitzung i... Parteiversammlung in Genf vorgelegt. Diese beschloss d... chen Kandidatur die Stimme zu geben. Bei der PdA war e... Fraktionen ist Jo Langs Papier sehr gut angekommen, ins...

Schauspieler. Ich glaube seinen Beteuerungen, die eigene Partei nicht verraten zu haben. Allerdings bin ich überzeugt, dass er am Schluss wie die meisten Parteikollegen den Blocher ähnlich gesinnten Merz gewählt hat.

Nachdem auch die Bundeskanzlerin, der Präsident und der Vizepräsident gewählt waren, trafen sich die Zuger Vertreter im Ständeratssaal, um sich von Thomas Ackermann befragen und fotografieren zu lassen. Auf dem in der Zuger Presse veröffentlichten Foto sehe ich abgekämpfter aus, als ich mich fühlte. Vom Bärenplatz her hörte man bereits die Stimmen der Demonstrierenden. Der Berner Ständerat Lauri, der an uns vorbei ging, sagte mit abschätziger Miene: «Da hört ihr die Reithalle!»

Danach an die Demo

Eine halbe Stunde später war ich selber Teil dieser Demo. Unter den Teilneh-



Guenin und Pierre Vanek (Solidarité) (von rechts), zu Metzler zu wählen. Pierre Vanek hatte Jos Appell an die Französische übersetzt und am gleichen Abend einer Mann aber, aus grundsätzlichen Gründen keiner bürgerlichen Zysiadis, der die Linie durchgab. In den beiden linken insbesondere bei der SP-Linken.

menden hatte es auffällig viele junge Frauen. Dies bestätigte mir, was ich gleich nach der Merz-Wahl den JournalistInnen gesagt hatte: der wichtigste Schwachpunkt des bundesrätlichen Altherrenclubs ist die völlige Untervertretung der Frauen. Allerdings wäre Metzler ganz sicher und Beerli wohl auch gewählt worden, hätten alle Frauen für sie gestimmt. Die Zukunft des neuen Frauen-Powers liegt in seiner Verbindung mit der sozialen Frage, insbesondere mit dem Referendum gegen die 11. AHV-Revision und der Verteidigung der Mutterschaftsversicherung.

Die zweite Demo am Abend war noch grösser und noch stärker geprägt durch junge Frauen. Warum tönte das Geschrei der Verliererinnen und Verlierer weniger aggressiv als das der Gewinner im Saal? Vielleicht weil ein Sieg für die Sache der Starken weniger Freude bereitet als der Kampf für die Sache der Schwachen. ■

Jo Langs Appell an alle Linken in der Bundesversammlung

Blocher und Merz elektrisieren das Kapital

Tagelang hat Jo Lang insbesondere die drei fraktionslosen Romands bearbeitet, gegen Blocher, dafür Metzler zu wählen. Das BULLETIN veröffentlicht die leicht gekürzte Analyse, die mit der Blocher- und Merz-Wahl an Aktualität gewonnen hat.

«Es sieht ganz danach aus, als würden wir 79 Linken, die 76 Mitglieder der sozialdemokratischen und grünen Fraktionen sowie die drei fraktionslosen Romand(e)s, darüber entscheiden, ob Christoph Blocher Bundesrat wird und ob wir uns damit einen Blocher-Bundesrat beschere(n). (...) Die bisherige Bundesrats-Debatte dreht sich viel zu stark um die Person Blochers, insbesondere um seinen Stil, und viel zu wenig um den qualitativ neuen Aspekt: die bereits stattgefundene Blocher-Wahl durch die wirtschaftliche Elite.

Welche Ziele das schweizerische Kapital, mindestens dessen tonangebenden Kreise, verfolgen, ist spätestens seit 1995 bekannt, als das so genannte Weissbuch „Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz“ veröffentlicht wurde. Dieses beinhaltet eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, beispielsweise durch einen massiven Abbau der Löhne, des Service Public, der AHV und der Arbeitslosenversicherung, durch eine weit gehende Deregulierung des Arbeitsmarktes, aber auch der Energieversorgung und des Umweltschutzes, durch Steuergeschenke für die Reichen und Firmen sowie Sparmassnahmen auf Kosten aller anderen. Trotz gewisser Erfolge (...) ist die Bilanz für die (ausschliesslich männlichen) Weissbuch-Autoren ernüchternd.

Endlich Weissbuch umsetzen

So mussten sie jüngst zur Kenntnis nehmen, dass es den Gewerkschaften gelungen ist, gegen die erste AHV-Abbau-Revision in Rekordzeit über 80'000 Unterschriften zu sammeln und dass Pascal Couchepin wegen seinem Rentenalters-Vorschlag zum unpopulärsten Bundesrat geworden ist. Weiter müssen sie befürchten, dass das Steuergeschenkpaket an der Urne durchfällt – wegen dem doppelten Widerstand aus der Linken und aus den Kantonen. Besonders bedenklich für sie war das über Mobilisierungen erkämpfte Rentenalter 60 für die Bauarbeiter. Die direkte Demokratie erschwert nicht nur den Ausbau des Sozialstaates, sondern auch dessen Abbau. Die Gewerkschaften sind zwar quantitativ schwächer, aber qualitativ stärker geworden.

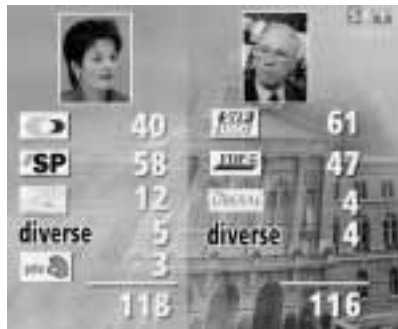
Angesichts dieser Ausgangslage ist es nicht verwunderlich, hat „die Aussicht“ auf „eine rechtsbürgerliche Mehrheit die Wirtschaft elektrisiert“, wie die Handelszeitung vom 3. Dezember schreibt. Unter dem Titel „Wirtschaft fordert Blocher und Merz“ stellt sie weiter fest: „Wie nie in den vergangenen Jahrzehnten haben sich hochrangige Vertreter der Wirtschaft in die politische Debatte eingemischt.“ So präsentierte der freisinnige Präsident der Konzernleitung UBS Peter Wuffli in der NZZ (11.11.03) eine Zusammenfassung des Weissbuchs als „Elemente einer Regierungsagenda 2004 – 2007“. Zusätzlich betonte er, dass „die Realisierungschancen einer solchen Agenda Vorrang vor der Beibehaltung einer wie immer berechneten ‚Zauberformel‘ geniessen“ sollten. In die gleiche Kerbe hieb in der gleichen NZZ-Ausgabe der Geschäftsleitungsvorsitzende der IBM Schweiz Peter Quadri. Das sind nur zwei Beispiele von zahllosen aus allen Branchen, auch den exportorientierten, die bislang eine Annäherung an die EU verlangten.

Das Nationale gegen das Soziale

Konrad Hummler, Präsident der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Apenzell und NZZ-Verwaltungsrat, schrieb in seiner Zeitung am 10. November: «Es dürfte relativ einfach sein, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik von FDP, CVP und SVP zu finden, und auch die Marschrichtung für eine Reform der Sozialwerke und des Gesundheitswesens müsste ohne allzu grosse Probleme bestimmbar sein. Auf dieser Grundlage könnte wohl auch eine gemeinsame Finanzpolitik formuliert werden. ... Die Divergenz in der Europafrage ist demgegenüber durch die klare Positionierung des Volkes weitgehend obsolet geworden.»

Die Wirtschafts-Kapitäne wie auch der Dachverband Economiesuisse gehen auf Distanz zur politischen Öffnung der Schweiz, um sich für die Verwirklichung ihrer näher liegenden Ziele das populistische Potential zu Nutzen zu machen, das ihnen der Freisinn und die CVP nicht bieten konnten und können. Dieser Kurswechsel zur SVP dürfte durch eine Tatsache befördert worden sein, welche eine der Hauptschwächen der Linken schonungslos enthüllt: unter den Wählenden aus Haushalten mit weniger als 3'000 Franken Einkommen, also unter den Hauptopfern eines Sozial- und Lohnabbaus, machte die SVP 37 Prozent der Stimmen. Die SP hingegen kam bei den sozial Schwächsten, genauer: bei deren stimmberechtigten und stimmenden Teil, nur noch auf 12 Prozent.

Das politische Kalkül der Rechtsbürgerlichen ist offensichtlich: durch eine aggressivere und systematischere Betonung des Nationalen das Soziale (wie auch das Ökologische) zu verdrängen. Der hochsymbolische Parlamentsentscheid, dem Bankgeheimnis (und damit der Steuerhinterziehung) einen Ehrenplatz in der Verfassung einzuräumen, ein Affront gegenüber der EU und der übrigen Welt, passt bestens zur nationa-



Diese Milchbüchli-Rechnung ist nicht aufgegangen.



Drimal leer von ganz links brachte Vorteile für Blocher.

listischen Wende jener Teile der Wirtschaftselite, die bislang gegenüber der SVP ihre globalen Nasen gerümpft haben. (...)

Zauberformel und AHV

Die Frage, die sich am 10. Dezember 2003 stellt, ist spätestens seit dem parteipolitischen Coming-out der tonangebenden Wirtschaftskreise nicht mehr die, ob für uns Linke eine Ruth Metzler (trotz ihrem Fürsorgestopp) oder ein Joseph Deiss (trotz seiner Wirtschaftspolitik) wählbar sind. Die Frage lautet, ob wir die gefährliche Zusammenballung von neoliberaler Wirtschaftspower, nationalkonservativer Bundesratsmacht und rechtspopulistischer Mobilisierungskraft behindern oder befördern wollen. Die Aussage, zwischen Ems-Chemie

und Price Waterhouse gäbe es für Linke keine Wahl, blendet aus, dass Blocher dem Kapital zwecks Sozial-, Ökologie- und Freiheitsabbau etwas bieten kann, was Metzler nicht zu bieten hat: eine referendums- und initiativfähige Massengrundbasis. Sollte jemand versucht sein, mit Wahlenthaltung einen Blocher in Kauf zu nehmen, um damit der SPS den Weg in die Opposition zu erleichtern, muss er oder sie sich allenfalls später die Frage stellen lassen, wie glaubwürdig ein innerlinker oder innerparteilicher Kampf für dieses Ziel ist, wenn man vorher nicht alles getan hat, um einen Bundesrat Blocher und damit einen Blocher-Bundesrat zu verhindern.

Dieser Appell an alle Linken, gegen Blocher selbst Metzler und allenfalls Deiss zu wählen, ist verbunden mit der doppelten Einsicht, dass die Zauberformel am Ende und eine Mitte-Links-Regierung eine Schimäre ist, weil es eine Mitte (abgesehen von ein paar Einzelpersonen) nicht mehr gibt. Die Magie der Zauberformel war nicht nur aus politisch-kulturellem, sondern noch mehr aus sozial-materiellem Stoff. Zu dessen Kernstücken gehörte der Ausbau der AHV (Tschudi-Tempo!). Heute hat die wirtschaftliche und politische Rechte nur noch deren Abbau im Sinn. Wer in einer solchen Situation auf Konkordanz-Nostalgie macht, wird von den kommenden Konflikten überrollt werden.

Die helvetische Rechte hat schnell erfasst, dass der bisherige bundespolitische Polit-Rahmen der Vergangenheit angehört. Auch wir Linken müssen, wenn wir die sozialen, ökologischen, freiheitlichen und solidarischen Errungenschaften verteidigen und ausbauen wollen, unsere Perspektiven grundlegend überdenken und unsere Praxis zünftig dynamisieren. (...)

Zug, den 7. Dezember 2003

Josef Lang, Alternative Kanton Zug, Grüne Nationalrats-Fraktion

SGA wohin?

Eine Stimme vom linken Rand des politischen Spektrums stellt den Kurs der Sozialistisch-Grünen Alternative in Frage und geht auch mit dem prominenten Regierungsmitglied

Hanspeter Uster hart ins Gericht. Hans Peter Roth war zu Beginn der 70er-Jahre Gründungsmitglied der RML (Revolutionäre Marxistische Liga).

**Hans Peter Roth, Baar
Bilder Archiv BULLETIN**

«Wie kann eine Partei glaubwürdig bleiben, deren Polizeidirektor sich vom Bürgertum instrumentalisieren lässt, indem er die Polizei zur Absicherung der vandalischen Hausabbrüche zur Verfügung stellt?» (Zitat aus meinem Leserbrief vom 2.7.03 in der Lokalpresse)

Ich bekenne: Ich habe Hanspeter Uster dreimal in den Regierungsrat gewählt. Dies ist eigentlich höchst inkonsequent, weil ich schon seit jeher den Standpunkt vertreten habe, dass Linke in einer bürgerlichen Regierung nichts verloren haben. Mit «Chnuschpi» verbindet mich nicht nur eine freundschaftliche Bande, sondern auch einige Jahre gemeinsame politische Aktivität in der damaligen RML/SAP.

Für uns revolutionäre Marxisten war die politische Arbeit damals stark auf Basisaktivitäten ausgerichtet und unsere Mitglieder arbeiteten in zahlreichen Komitees, Arbeitsgruppen und Zirkeln mit. Antikapitalistische Agitation vor Betrieben, Schulen und auf öffentlichen Plätzen war unser tägliches Brot. Eine Beteiligung an Wahlen kam für uns nur aus propagandistischen Überlegungen in Frage, und der Einsitz im Parlament war denkbar unter der Voraussetzung, dass die gewählten ParlamentarierInnen nicht StellvertreterInnen der Arbeiterklasse sein dürfen, sondern als Laut-



Erfolgreiches Strassentheater gegen die Einführung der Bundes-Sicherheitspolizei (Busipo), u.a. mit folgenden Darstellern: 2. von links Hans Peter Roth und rechts aussen Martin Stuber. Das Volk lehnte 1978 die Busipo-Vorlage ab.

sprecher von Basisbewegungen funktionieren.

Wir waren gegen die Beteiligung an einer Exekutive, weil die Einbindung in das Kollegialitätsprinzip des bürgerlichen Staats für Revolutionäre nicht akzeptabel ist. Denn wie kann ein linkes Regierungsmitglied für seine WählerInnen glaubwürdig bleiben, wenn es von den bürgerlichen Kräften zur praktischen Umsetzung ihrer reaktionären Politik genötigt wird?

Linke Politik und Regierungsverantwortung

Mit der Wahl von Hanspeter Uster in den Regierungsrat im Jahr 1990 tauchte unter vielen seiner WählerInnen die historische Illusion auf, dass die einzelne Schwalbe nun den Sommer bringt. Immerhin wehte eine frische Sommerbrise durchs Justiz- und Polizeidepartement. Chnuschpi wechselte die fremdenfeindliche Führungsriege der Fremdenpolizei aus und gab ihr einen zeitgeistigen Namen (Amt für Ausländerfragen). Er setzte sich persönlich für einzelne Asylbewerber in Bern ein, weigerte sich, Zuger Polizisten zur Räumung einer kurdischen Besetzungsaktion in Flühli Ranft zu entsenden. Er setzte dem Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität im berüchtigten Zuger Sumpf einen hohen Stellenwert und schuf ein neues Ausbildungsmodell für Kriminalisten.

Unbestreitbar gibt es für linke Exekutivmitglieder eine gewisse Gestaltungsfreiheit innerhalb eines Departements. Doch reicht dies? Ich meine nein. Die kleinen Retuschen an der Fratze des kapitalistischen Herrschaftsapparats kön-

nen nicht über dessen menschenverachtenden Charakter hinwegtäuschen, ein System, in welchem Privatbesitz heilig ist und Menschenrechte regelmässig missachtet werden.

Das Zuger Bürgertum war bei der ersten Wahl von Hanspeter Uster im Jahre 1990 hinterlistig genug, um ihn in das Justiz- und Polizeidepartement (heute Sicherheitsdirektion) zu verfrachten, wohl in der frommen Hoffnung, dass er sich als kantonaler Boss des staatlichen Repressionsapparates schnell in den funktionsinhärenten Widersprüchen verheddern würde. Doch die Geschichte meinte es gut mit «Chnuschpi» und schickte ihm zwölf Jahre lang ein angenehmes soziales Klima ohne radikale Demonstrationen und Streiks, so dass er mit viel Intelligenz, Witz und Instinkt seinen politischen Seiltanz über die Runde brachte, ohne seine WählerInnen gross vor den Kopf stossen zu müssen. Auch das Bürgertum war von seiner staatsmännischen Leistung derart angetan, dass er von Wahl zu Wahl in der Hitparade der Wählergunst nach oben kletterte.

Bewährungsprobe

Im dreizehnten Jahr wurde es für den SGA-Regierungsrat etwas schwieriger: Junge Leute besetzten mehrere Liegenschaften und forderten kulturelle Freiräume und billigen Wohnraum. Gewerkschafter blockierten das Kieswerk des Bauunternehmers und Hardliners in der Baubranche Adrian Risi. Der Privatbesitz war nun in Gefahr, und das Zuger Bürgertum schrie Zeter und Mordio. Es wurde nach Polizei und harten Massnahmen gegen die Frevler gerufen. Die

Linke Politik – Lesermeinung



Platt gemacht: Zeughaus an der Baarerstrasse.

Polizei kam tatsächlich und räumte die besetzten Häuser, damit diese umgehend abgerissen und für soziale Zwecke unbrauchbar gemacht werden konnten. Die Gewerkschafter mussten ihre Namen der Polizei angeben, damit Baulöwe Risi Strafklage mit Schadenersatzforderung gegen die Gewerkschaften einreichen konnte.

Test nicht bestanden

Nicht ganz unerwartet hat Chnuschi diese Tests nicht bestanden und sich so verhalten, wie es jeder bürgerliche Hausdegen an seiner Stelle auch getan hätte: Polizei losschicken, Privateigentum schützen und im Bedarfsfall Knüppel aus dem Sack.

Hätte er denn überhaupt anders reagieren können? Ich denke schon. Bei den besetzten Häusern standen die Prinzipien des garantierten Privatbesitzes den sozialen Bedürfnissen nach Wohn- und Kulturraum gegenüber. Selbst aus liberaler Warte könnte man die Interessen der Obdach Suchenden stärker gewichten als jene der Besitzer und Spekulanten, zumal Letztere ausser Zerstörung keine konkreten Pläne für die Liegenschaften vorweisen konnten. Wenn schon Polizei, dann Einsatz zum Schutz der BewohnerInnen vor den Baggern! Mit einer solchen konsequenten Haltung hätte Hanspeter Uster gar bei seinem breiten Wählersegment punkten können. Riskiert hätte er im schlimmsten Falle ein bürgerliches Absetzungsverfahren, was angesichts seiner materiell gesicherten Zukunft kein Drama gewesen wäre. Da hat seinerzeit LG-Arbeiter Bollinger (RML) im Wahlkampf gegen LG-Direktor Brunner (FDP) ein weit höheres Risiko getragen.

Auch beim Streit zwischen Risi und den Gewerkschaftern war die Polizei falsch am Platz, weil Streiks und Betriebsblockaden die einzigen wirksamen Kampfmittel der ArbeiterInnen zur Ver-

teidigung ihrer Interessen gegenüber skrupellosen Arbeitgebern sind.

So und nicht anders

Mir reicht die «sozialere» Ausgestaltung des Kapitalismus nicht. Ich will die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine sozialistische Gesellschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine Politisierung und Mobilisierung breiter Kreise der Lohnabhängigen. Die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung gehört definitiv nicht zu den Mitteln, die eine emanzipatorische Strömung weiter bringt. Im Gegenteil: Am Beispiel der SGA lässt sich aufzeigen, dass eine Ausrichtung auf elektorale Gewinne in Parlament und Regierung wohl einen Bedeutungszuwachs innerhalb des staats-tragenden Systems bringt, jedoch die für eine Gesellschaftsänderung notwendige Basisbewegungen behindert.

Dieser Prozess der Einbindung der SGA in das gesellschaftskonservierende System verlief im Kanton Zug so lange unbemerkt, wie die SGA zusammen mit anderen ähnlichen Kleinparteien den Anspruch «linker» Politik monopolisierte. Seitdem nun neue junge Bewegungen am linken Rand entstanden sind, welche sich auf antikapitalistische Positionen und anarchistisch-rätekommunistisches Gedankengut abstützen, sieht sich die SGA erstmals von links in Frage gestellt. Von der neuen Linken wird sie – nicht zuletzt aufgrund ihrer konkreten Politik in der Regierung – dem Filz der systemerhaltenden Kräfte zugerechnet. Will die SGA nicht in den Sog der mächtigen Euro-Reformisten im Stil von Blair und Schröder geraten, tut sie gut daran, ihre politischen Ziele zu überdenken, erneut Grundsatzdiskussionen über Gesellschaftsmodelle zu führen und gegebenenfalls ihre Ziele und praktische Arbeit neu auszurichten. Ein Nachfolge für Hanspeter Uster dürfte sich 2006 wahrscheinlich erübrigen. ■

Linke Politik – Replik

Lieber Haro,

Drei Fakten sollten zuerst korrigiert werden, bevor ich auf zwei grundsätzliche Fragen eingehe.

Die erste und wichtigste Tat von «Chnuschi» als Polizeidirektor war die Reorganisation und Umpolung der Zuger Polizei. Du erinnerst Dich sicher an die von der SGA organisierte grosse Demo gegen die Patriotische Front im November 1989, die sich auch gegen die Zuger Regierung und die Zuger Kantonspolizei richtete, «die in Gösigen ihre Schlagkraft gegen uns so eindrücklich demonstrierte, aber plötzlich seltsame Lähmungserscheinungen zeigt, wenn es darum geht, Menschen vor den brutalen Neo-Nazi-Schlägern zu schützen.» (Zitat aus SGA-Bulletin Nr. 4/89). Seit Hanspeter Uster Polizeidirektor ist, haben wir einigermaßen Ruhe vor den Rechtsextremen im Kanton Zug.

Das Zeughaus wurde fast ein Jahr lang nicht geräumt. Unter einem anderen Zuger Polizeidirektor wäre das Zeughaus angesichts der knallharten Haltung des Zuger Stadtrates (und später der Gesamtregierung!) kurz nach der Besetzung mit Sicherheit geräumt worden.

Du schreibst, die SGA hätte «die für eine Gesellschaftsveränderung notwendigen Basisbewegungen behindert.» Ein konkretes Beispiel dafür nennst Du nicht. Kein Wunder, denn das Gegenteil ist der Fall: auf dem Internet kannst Du nachlesen, was wir alles unternommen haben, um die wichtigsten Forderungen der Besetzung zu unterstützen. Dies trotz deren ziemlich kategorischer Ablehnung von parlamentarischen Mit-



Maulwurf-Flugblatt.

teln. Als «parlamentarische Reformisten» hätten wir uns zurücklehnen können und dort, wo es schliesslich politische Entscheidungen gebraucht hätte, um die Forderungen der Besetzer zu realisieren, keinen Finger zu rühren brauchen. Wenn dem so gewesen wäre, würde Deine Kritik zutreffen! Dass auch das Image der BesetzerInnen in der Öffentlichkeit von unserer Arbeit eine Zeitlang spürbar profitiert hat, sei hier nur am Rande erwähnt.

Dein Artikel wirft neben der Regierungsbeteiligung indirekt eine zweite Frage auf, um die sich die radikale Linke seit vielen Jahrzehnten herumgedrückt hat: die des Rechtsstaates.

Zur Regierungsbeteiligung: weniger die Regierungsbeteiligung an sich als die Frage des Kollegialitätsprinzips ist das Problem. Solange die Regierung vom Volk gewählt ist, hat ein Regierungsrat einen gewissen Spielraum. Die Einschränkung kommt vom Kollegialitätsprinzip und dessen konkreter Anwendung. Wieweit sich der alternative Regierungsrat Uster hier zu stark hat einschränken lassen, finde ich auch eine diskutabile Frage.

Anders sieht es bei vom Parlament gewählten Regierungen aus – siehe Bundesrat, wo die SP-BundesrätInnen von CVP-FDP-SVP-Gnaden sind. Deshalb finde ich übrigens die Volkswahl des Bundesrates auch eine gute Idee – aber nur und ausschliesslich im Proporz (das ist das Problem an der seit Jahren «angedrohten» SVP-Initiative – sie verlangt die Majorzwahl).

Haro – ich lade Dich ein, die Frage der Regierungsbeteiligung im Rahmen der Alternativen, welche sich in naher Zukunft mit der Nachfolge von Hanspeter Uster befassen werden, einzubringen.

Für mich fast noch wichtiger ist im Moment aber die Frage des Rechtsstaates. Wichtiger deshalb, weil sie innerhalb der Linken zu sehr ignoriert und unterschätzt wird. Die Geschichte lehrt uns, dass es ein Set von Regeln braucht, welche unser friedliches Zusammenleben regeln und die BürgerInnen (im Sinne der citoyens) vor der Willkür dieses Staates aber auch vor der Willkür einzelner schützt. Dazu braucht es eine ausgebauten Gewaltenteilung, ein faires Rechtssystem, Meinungs- und Medienfreiheit, das Recht auf freie Parteienbil-

dung und Eigentumsgarantie (Kapitalbesitz ist etwas anderes).

Die Polizei ist in diesem Verständnis nicht einfach der repressive Arm des Bürgertums, wie es Dein Artikel suggeriert und wie uns einige Chefideologen der Besetzerszene weismachen wollen. Die Polizei in meinem Verständnis ist bloss der ausführende Teil eines Systems, das die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen durchsetzt – wenn es gar nicht mehr anders geht auch unter Androhung oder unter Einsatz repressiver Mittel. Wer denn sonst zieht betrunkenen Raser aus dem Verkehr oder schützt friedliche HockeymatchbesucherInnen vor Hooligans – um nur zwei Beispiele zu nennen?

Die Alternative dazu ist klar: Selbstjustiz und Willkür.

Dies gilt unabhängig vom Gesellschaftssystem – ob kapitalistisch oder sozialistisch. Ich erinnere daran, dass ein wesentliches Merkmal der stalinistischen Diktaturen im Ostblock die Abwesenheit eines Rechtsstaates war. Brutale und oft tödliche Willkür des Repressionsapparates und der herrschenden Bürokratie bestimmte das Leben der Leute und unterdrückte alle oppositionellen Regungen – auch und gerade der Arbeiterklasse. Die russische Bevölkerung bezahlte noch heute einen hohen Preis dafür, denn Kapitalismus ohne Rechtsstaat ist ein wilder, brutaler Kapitalismus mit feudalistischen Herrschaftsmerkmalen. Und ist nicht eines der Hauptmerkmale der neoliberalen Offensive der US-Rechten unter Bush und Consorten die systematische Auslöschung und Einschränkung des demokratischen Rechtsstaates? Das sollte uns Linken doch zu denken geben.

Du wirst sagen: «aber es ist ein bürgerlicher Staat».

Sicher, aber auch ein bürgerlicher demokratischer Rechtsstaat ist eine grosse Errungenschaft, ein Wert an sich. Ein Gesellschaftssystem, das den Kapitalismus überwunden hat, baut diesen Rechtsstaat aus und verfeinert ihn zugunsten der Menschen, die in ihm leben – und nicht umgekehrt. Und ich sage es ganz bewusst etwas provokativ: eine bürgerliche Gemeinderätin, von der ich weiss, dass sie den demokratischen Rechtsstaat als Wert ehrlich hoch hält, steht mir in einer ganz zentralen Frage



Kundgebung gegen Rassismus – 1989.

näher als ein Besetzer, für den «gleich nach der Revolution als erstes mal ein paar hängen.» Der fürchterliche Misserfolg der russischen Revolution, der schliesslich innert 30 Jahren zig-Millionen von Menschen das Leben kostete, hat mehr mit der Abwesenheit von demokratischen und rechtsstaatlichen Traditionen zu tun als viele Linke denken.

Ein kleines, aber entlarvendes Beispiel für meine Grundthese lieferte kürzlich der Kanton Zürich: es war ausgerechnet der SP-Regierungsrat Notter, der den Kassationshof beschnitten und leider vom Volk Recht bekommen hat. Damit wird die gerade im Kanton Zürich bitter notwendige Rechtsaufsicht über die immer wieder willkürlichen Zürcher Gerichtsurteile für einfache BürgerInnen eingeschränkt – ein Skandal, der von der gesamten Zürcher Linken mit Ausnahme der Demokratischen Juristen unkommentiert hingenommen wurde!

Wieweit die Zuger Polizei den genannten Anforderungen entspricht, ist eine andere Frage. Es ist eine wichtige Aufgabe der Linken, dafür zu sorgen, dass die Polizei demokratisch kontrolliert, verhältnismässig und rechtsstaatlich vorgeht – nach dem Grundsatz, dass vor dem Recht alle gleich sind. Fehlleistungen der Polizei wie anlässlich der RTS-Demo als Grund zu nehmen, dieser Aufgabe den Rücken zu kehren, ist gefährlich und kann in einer self fulfilling prophecy enden.

Mit solidarischen Grüßen, Stubi

«Die Alternativen haben viele gute Leute»

Am Martinstag (11.11.2003) hat Martin Stuber im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug seinen Rücktritt angekündigt, um sich fortan auf das Kantonsratsmandat zu konzentrieren. Das BULLETIN nutzt die Gelegenheit, um sich mit «Stubi» über dessen Zukunft und diejenige der Alternativen zu unterhalten.

Interview Michel Mortier (Zug, 6.12.03)
Bilder Adelina Odermatt

BULLETIN: Nach 13 Jahren im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug nimmst du deinen Abschied. Steigst du aus der Politik aus?

Martin Stuber: Nein! Ich will mich auf das Kantonratsmandat konzentrieren können. Neben der beruflichen Verantwortung, meiner Arbeit für das BULLETIN und den Freizeitbedürfnissen, die im Alter nicht kleiner werden, liegt es einfach nicht drin, zwei Parlamentsmandate gleichzeitig seriös wahrzunehmen.



«Gewisse Bürgerliche zeigen eine paranoide Verarmungsangst.»

men. Kommt hinzu, dass der Kantonsrat ein anderes Kaliber ist und die Unterschiede zum GGR grösser als erwartet sind.

BULLETIN: Welche Unterschiede?

Martin Stuber: Wir sind mit der Alternativen Fraktion, der AF, 8 von 80 im Kantonsrat. Im GGR hingegen waren wir 7 von 40. Bei 80 Leuten ist die Gruppendynamik und das Reden ganz anders als bei 40. Die Arbeit des Kantonsrats widmet sich viel stärker der Gesetzgebung. Damit ist sie tendenziell abstrakter, im GGR dafür handfester. Die Entscheidungsprozesse laufen im Kantonsrat

noch mehr ausserhalb der Parlaments-sitzungen als im GGR. Im Kantonsrat ist die Kommissionsarbeit wichtiger und zu meiner Überraschung empfinde ich es im Kantonsrat einfacher, überparteilich zu arbeiten als im GGR.

BULLETIN: Das ist tatsächlich überraschend. Der GGR als kleineres Gremium sollte doch eher «familiär» funktionieren?

Martin Stuber: Ja, das dachte ich auch, doch nach einem Jahr kann ich vergleichen und habe eine einfache Erklärung: im GGR hat die FDP fast doppelt so viele Sitze wie je die CVP und die SVP und das macht sie arrogant. Das Klima im GGR wird sich erst ändern, wenn die FDP endlich von ihrem hohen Ross absteigt, und wenn genügend Leute merken, dass die GGR-Fraktion der FDP in vielen Fragen rechts der SVP politisiert und ihre WortführerInnen sich zu oft von kaum verhüllten Ressentiments gegenüber der Linken leiten lassen. Allerdings habe ich an meiner letzten Sitzung, als es um die Abschaffung des GGR ging (Einzelinitiative Binzegger) das erste Mal selbstkritische Worte aus dem Mund der FDP-Fraktionschefin gehört.

Umgekehrt sind die drei bürgerlichen Fraktionen im Kantonsrat ähnlich gross und die Konkurrenz ausgeprägter. Was sich aber negativ auswirken kann. Etwa wenn es bei der aktuellen Sparhysterie darum geht, wer der «heiligste» Sparapostel ist. Und natürlich hat es im Kantonsrat eine linke Idee viel schwerer, mehrheitsfähig zu werden.

BULLETIN: Kannst Du ein Beispiel nennen?

Martin Stuber: Das mir am Naheliegendste ist der Minitunnel, für den ich mich seit 1993 – damals mit einer erfolgreichen Motion «für eine realistische Stadtaufahrung» – hartnäckig einsetze. Da sind die Alternativen ausnahmsweise für eine Strasse, und der Stadtzuger FDP

fällt nichts Besseres ein, als das Projekt jahrelang zu torpedieren und zu blockieren, während CVP und SVP passiv bleiben. Gleichzeitig pushen sie drei Projekte, welche die Stadt einfach effizienter mit Autos abfüllen und geben vor, damit die Stadt zu entlasten.

Das Problem hier ist aber auch, dass der Zuger Stadtrat bisher nur wenig unternommen hat, um das in einem zwei-



«Die Stadtzuger FDP muss endlich vom hohen Ross absteigen.»

fachen, breit abgestützten Mitwirkungsverfahren beschlossene Verkehrskonzept umzusetzen. Im Gegenteil: im Kantonsrat stimmten nebst anderen Zuger Kantonsräten die Stadträte Hans Christen (FDP) und Vreni Wicky (CVP) letztes Jahr gegen den Antrag der AF, den Minitunnel in die erste Priorität zu setzen.

BULLETIN: Aber bei den letzten Wahlen hat doch die Linke im Zuger Stadtrat einen grossen Sieg errungen?

Martin Stuber: Ja, aber mit zwei Dutzend Stimmen sehr knapp. Paradoxerweise pflegen jetzt wichtige bürgerliche WortführerInnen ein konkretes Feindbild! Es herrscht manchmal ein fast neurotischer Zwang, die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat sichtbar zu machen. Da ist es schwierig, Sachpolitik zu betreiben. Ich nenne als Beispiel die unsägliche Ablehnung einer neuen Trägerschaft für das Museum Burg – wegen jährlich 100 000 Franken. Gewisse Bürgerliche zeigen eine paranoide Verarmungsangst und die von der SVP mit teuren Inseraten gesponserte Sparhysterie trägt das Ihrige dazu bei.

Leider mehren sich die Anzeichen, dass auch Dolfi Müller diesem Druck zusehends nachgibt – dass er sich öffentlich bereits als Stadtrat der Mitte be-



Martin Stuber

46-jährig, in Zug geboren. Er lebt zusammen mit seiner Partnerin im Gut-hirt-Quartier in der Stadt Zug. Er ist verantwortlich für die Informatik- und Telekommunikationsstruktur in einer privaten Eisenbahnfirma, ist Gründungsmitglied der SGA, war 13 Jahre Gemeinderat und wurde im Herbst 2002 in den Kantonsrat gewählt.

zeichnet hat, entspricht leider auch dem, was wir bisher im GGR erlebt haben.

BULLETIN: Sprechen wir über die Alternativen. Sie sind ein Verbund von sechs politisch eigenständigen Organisationen. Betrachtet du diesen Verbund mehr als Partei oder als Bewegung?

Martin Stuber: Zum heutigen Zeitpunkt würde ich sagen: weder noch. Was daraus entsteht, entscheiden die Alternativen Gruppierungen gemeinsam. Wichtig ist, dass es bald passiert. Zurzeit arbeitet eine breit abgestützte Arbeitsgruppe daran.

BULLETIN: Wie könnten die letzten beiden Wahlerfolge die Alternativen langfristig stärken?

Martin Stuber: Die letzten kantonalen Wahlen waren nicht überall erfolgreich – wir haben in Menzingen und Oberägeri zwei Sitze verloren. Okay, beim Regie-



«Bei dieser Sparhysterie ist es schwierig, Sachpolitik zu machen.»

rungsrat ist die Linke die stärkste Kraft geworden, aber da hat sicher auch der Faktor Uster mitgespielt.

Jetzt stehen die Zuger Alternativen nach der Erringung des Nationalratsmandates vor ihrer grössten Herausforderung, und zwar in dreifacher Hinsicht: im Kanton muss eine Organisationsform gefunden werden, die Rücksicht auf die sehr unterschiedliche Geschichte der einzelnen Gruppen und deren Position in der Gemeinde nimmt und dennoch genügend Beweglichkeit erlaubt. Dazu gehört auch eine stärkere «Adoption» des BULLETINs durch die Gruppen.

Wenn ich mir die 60 Leute an der Nominationsversammlung für den Nationalrat vergegenwärtige, steht bei allen Gruppierungen mittelfristig die Frage

einer mindestens teilweisen personellen Erneuerung an. Da kann ein kantonaler Zusammenschluss helfen und auch die Nutzung des Nationalratsmandates. Die Nachfolgeregelung für Hanspeter Uster im Regierungsrat gehört ebenfalls zu dieser personellen Erneuerung.

Die Alternativen müssen wieder bewegungsorientierter werden. Das Standbein der institutionellen Politik muss unbedingt durch das Spielbein einer vor allem jugendorientierten ausserparlamentarischen Arbeit verstärkt werden! Sonst wird übrigens auch die personelle Erneuerung nur beschränkt klappen.

BULLETIN: Du sprichst auf die Zeughausbewegung und die Friedensbewegung an?

Martin Stuber: Ja, aber nicht nur. Ich denke auch an das riesige Problem der wachsenden Jugenderwerbslosigkeit, die sich nicht nur über parlamentarische Vorstösse abhandeln lässt. Kürzlich erzählte mir ein Lehrabgänger, dass es in einer bestimmten Berufsgattung der Maschinenindustrie zurzeit schweizweit gerade mal vier freie Stellen gäbe und auf jede bewerben sich zwischen 100 bis 120 Junge, die wohlgernekt spezifisch dafür ausgebildet wurden! Als Jugendlicher gleich nach Beendigung der Ausbildung arbeitslos zu werden, ohne Perspektive, jemals auf dem gelernten Beruf zu arbeiten, ist eine Katastrophe!

BULLETIN: Das steht aber nicht im Vordergrund bei der Zeughausbewegung!

Martin Stuber: Aber es liefert einen wichtigen Hintergrund dafür. Der Unmut in der Jugend ist viel grösser, als er nach aussen hin wahrgenommen wird. Und er ist berechtigt. Im teuren Zug mit seinen hohen Mieten und hohen Preisen und einem nicht nur für Junge schwierigen Arbeitsmarkt ist es vielen unwohl. Es hat in den letzten Jahren eine Repolitisierung gegeben. Dass daraus eine politische Stosskraft entsteht, gehört auch

zu unserer Verantwortung. Das hat nichts mit Instrumentalisierung zu tun, die von den politisierten, misstrauischen Jungen sowieso abgelehnt würde. Aber mehr dazu in meinem offenen Brief an Hans Peter Roth. (Siehe S. 19.)

BULLETIN: Erstmals schicken die Alternativen einen Nationalrat nach Bern. Ein historischer Erfolg, allerdings nur weil viele SP-Wähler für Jo Lang stimmten. Ergibt das eine langfristige Zukunft für die Alternativen, besonders wenn sie «nur» Wähler des Kantons Zug repräsentieren?

Martin Stuber: ... und Wählerinnen – unsere Wählerschaft besteht zur Mehrheit aus Frauen!

Zur Frage: «Historisch» trifft genau,



«Zugs Alternative stehen vor ihrer grössten Herausforderung.»

denn dieser Erfolg kommt in einem Moment, wo auch auf Bundesebene und global «Historisches» passiert. Ich glaube, es wird für die Schweiz besonders wichtig sein, was mit den Grünen passiert. Können sie eine linke Alternative für breitere Schichten werden? Können sie in sozialen Fragen noch an Glaubwürdigkeit zulegen? Können sie bei den Gewerkschaften das politische Repräsentationsmonopol der SP erfolgreich herausfordern, so wie wir das in Zug geschafft haben? Das wird zu einer absoluten politischen Notwendigkeit, um einen massiven Rechtsrutsch in den nächsten Jahren zu verhindern.

Deine Frage verrät mir übrigens, wie ungewohnt es für uns ist, zu gewinnen. Der Nationalratsstz ist doch eine riesige Chance für uns in Zug. Jetzt können wir zeigen, dass wir es anders und besser machen, und der Schweiz können wir zeigen, dass es noch ein anderes Zug gibt.

BULLETIN: Wo siehst du die Stärken der Alternativen?

Martin Stuber: Im Inhaltlichen, auch wenn da das Potential noch lange nicht



«Der Unmut der Jungen ist grösser, als er wahrgenommen wird.»

ausgeschöpft ist. Und im wachsenden Zusammenhalt, der hoffentlich bald auch organisatorischen Ausdruck findet. Wir Alternativen haben viele gute Leute, die zum überwiegenden Teil auch gut zusammenarbeiten können. Letzteres unterscheidet uns von der SP, die immer wieder unter persönlichen Querelen leidet.

BULLETIN: Und wo siehst du ihre Schwächen?

Martin Stuber: Einige Gruppen sind noch zu lokal eingestellt und kümmern sich zu wenig um das, was im Kanton oder im Land passiert. Das hängt vielleicht auch mit den knappen personellen Ressourcen zusammen. Ein Problem ist auch der «harzende» Generationenwechsel. Aber ich bin zuversichtlich, dass sich beides ändert. Gerade in kleinen Gemeinden genügen wenige initiativ Leute, um viel zu bewegen.

BULLETIN: Wenn wir Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit als die gegenwärtig drei wichtigsten Ziele betrachten, geben die Alternativen eine Antwort auf zwei davon. Wie beurteilst du die Chancen, dass die Alternativen auch eine ökonomische Lösung bieten werden?

Martin Stuber: Den Zuger Alternativen allein fehlen die politischen Hebel, um aus der wirtschaftlichen Stagnation der letzten Jahre herauszukommen. Wo die inhaltliche Antwort liegt, ist offensichtlich: sicher bewirkt das Aushungern der öffentlichen Hand, das die SVP propa-

giert und dem CVP und FDP zunehmend folgen, genau das Verkehrte – siehe USA. Qualitatives wirtschaftliches Wachstum, das die grosse Masse positiv spürt, zu vereinen mit ökologischen Fortschritten, ist die grosse Herausforderung für diesen Planeten, nicht nur für die Schweiz. Ich denke, die Gewerkschaften, aber auch die Nicht-Regierungsorganisationen wie WWF, Greenpeace, VCS, EVB und andere haben hier schon vieles entwickelt, was aber zu wenig in der Breite bekannt ist. Es lohnt sich, dort Mitglied zu sein und deren Publikationen regelmässig zu lesen.

BULLETIN: Und wo siehst Du die inhaltlichen Schwerpunkte für die Alternativen in den nächsten Jahren?

Martin Stuber: Die Frage, wie der Kanton Zug das prognostizierte Wachstum sozial, räumlich und kulturell bewältigen soll, wird uns permanent beschäftigen. Allerdings verheisst der Start der Richtplandebatte im Kantonsrat hier wenig Gutes. Da müssen – und können – wir Gegensteuer geben, zuerst im Kanton, nachher in den Gemeinden bei den Zonenplänen und Bauordnungen. Der Kanton darf sich nicht «kaputt wachsen».

Persönlich denke ich, dass die Finanzfragen die politische Diskussion in den nächsten Jahren entscheidend prägen werden. Wir müssen uns zum Ziel setzen, auch hier offensiv zu wirken. Das haben wir im Kantonsrat schon geschafft: Steuererhöhungen



«Der Militarismus der US-Regierung muss zurückgedrängt werden.»

sind nicht mehr tabu. Und zwar Steuererhöhungen vor allem bei den Firmen und Reichen, die vom neuen Steuergesetz profitiert haben und deren Geld nun der öffentlichen Hand fehlt.

Wenn der Bund noch mehr spart, und das ist zu befürchten, wird dies auch auf Kosten der Kantone und Gemeinden gehen und dort den Spardruck verstärken.

Der ö.V., der öffentliche Verkehr, wird ebenfalls im Zentrum stehen – der Verteilungskampf zwischen Strassen und ö.V. ist schon entbrannt und auf lange Sicht kann sich auch Zug den Luxus eines gleichzeitigen Vollausbaus beim motorisierten Individualverkehr und beim ö.V. nicht leisten.

Die internationale Solidarität und damit die Frage «Krieg oder Frieden» muss auch prioritär sein – Zug ist der international verflochtenste Kanton der Schweiz. Wir müssen unseren bescheidenen Beitrag dazu leisten, dass der von Japan und einem Teil Europas unter-



«Politik hält jung.»

stützte imperialistische Militarismus der US-Regierung zurückgedrängt wird. Das wird zunehmend zu einer existentiellen Frage für unseren Planeten.

BULLETIN: Die Gewissensfrage am Schluss: Du bist seit 30 Jahren politisch aktiv – hast Du nicht manchmal genug von der Politik?

Martin Stuber: Schau mich an: Politik erhält jung! Politik war für mich immer vergleichbar mit Sport. Und vor allem habe ich durch mein politisches Engagement viele gute Leute kennen gelernt – nicht nur im eigenen politischen Umfeld! Und es sind auch Freundschaften entstanden. Freundschaften, nicht Seilschaften! Nein, es macht mir eigentlich mehr Spass als vor 30 oder 20 oder 10 Jahren.

BULLETIN: Stubi, besten Dank und viel Erfolg als Kantonsrat. ■

Das wars

Die BULLETIN-Redaktion schrumpft auf Ende Jahr um ein weiteres Mitglied. Die Summe politischer Erfahrungen mündet in Politabstinenz.

Gerhard Schmid, Hünenberg

Mit den Worten «In mir habt ihr einen, auf den könnt ihr nicht bauen» umriss Bertolt Brecht einst sein gestörtes Verhältnis zum ungeliebten DDR-Staat. Mir geht es heute ähnlich in einem Land, wo sich Dummheit, Eigennutz und Verlogenheit leicht in Abstimmungs- und Wählergunst ummünzen lassen.

Es begann mit einer Frage ...

Staatskritisches Denken ist bereits aus meiner frühen Kindheit überliefert: Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges soll ich als Dreikäsehoch in einer andächtig stauenden Besuchergruppe des Bourbaki-Panoramas Luzern laut gefragt haben: «Hend das alles d' Schwobe* kabutt gmacht?» (*damals gebräuchlich für alle Deutschen).

In der Sekundarschulzeit pflegte ich mit einem Freund auf ausgedehnten (Hunde-) Spaziergängen über Weltpolitik zu diskutieren. Wir waren unter anderem fasziniert vom Vietminh-General Giap, der in Indochina dank seiner Maulwurfsstrategie bei Dien Bien Phu die französische Kolonialarmee bezwang.

Die erste Demo erlebte ich als 17-Jähriger in Luzern, als wir gegen den geplanten Abbruch eines Altstadthauses protestierten (es steht heute noch). Damals ärgerten mich auch die EMD-Pläne für eine atomare Bewaffnung der Schweizer Armee. Den grössten Dämpfer erhielt mein Schweiz-Bewusstsein jedoch viel später in der Fichenaffäre. Beim Anblick meiner Fichen von Bundesanwaltschaft und Militär packte mich der helle Zorn gegen solche Auswüchse bürgerlicher

Arroganz. Bald wich dieser dem blossen Missmut darüber, von welcher unglaublicher Stümperhaftigkeit diese Recherchen zeugten. Das dilettantische und demokratiefeindliche Spitzelwesen war unserem «staatstragenden» Filz über eine Milliarde Steuerfranken wert!

...führte zu ungläubigem Staunen...

Es gab auch einen kulturpolitischen Sündenfall, der mich nachhaltig prägte. Mitte der 80er-Jahre reifte bei einem Walliser Verleger und zwei promovierten Lexikographen aus Berlin der Entschluss, der Schweiz eine nationale Enzyklopädie zu schenken, die mit 87 Prozent Helvetica einen umfassenden Spiegel des Landes darstellen sollte. Das privat finanzierte sechsbändige Werk, auf 7 Millionen Franken veranschlagt, kostete letztlich 12 Millionen. Mit einer kleinen Zentralredaktion, 22 AussenredaktorInnen und rund 2500 AutorInnen wurde ohne staatliche Hilfe das ambitionöse sechsbändige «Schweizer Lexikon» geschaffen, das dank seiner hohen Qualität auch internationale Wertschätzung fand. Für die geplante vierbändige französische Ausgabe und die Fortschreibung der Originalausgabe wären 50 Prozent an öffentlichen Subventionen nötig gewesen. Ganze 4 Millionen Franken. In den 90er-Jahren ist das Projekt mangels Finanzen gescheitert, und das in einem Land, wo eine einzige FA-18 100 Millionen kosten darf oder eine bankrottgeweihte Airline gar das Zwanzigfache vom Staat kassiert. Ein gewaltiges Potential an Know-how, kulturellem Netzwerk und personellen Ressourcen ging verloren. Was im gesamten Europäischen Umland (EU) undenkbar wäre, bringt der Sonderfall Schweiz locker fertig!

...und zu ausgleichender Gerechtigkeit

Vor Jahrzehnten wollte es der Zufall, dass ich während eines Jahres mit dem

nachmaligen und 2002 abgehalfterten Rentenanstalt-Chef Manfred Zobl beruflich zusammenarbeitete. Noch heute staune ich darüber, wie jemand mit rechtsextremen Ansichten – er unterstützte zum Beispiel die Revanchisten um Norbert Burger im Südtirol, die mit Terroranschlägen auf öffentliche Einrichtungen den erneuten Anschluss an Österreich erzwingen wollten – und einem ausgeprägten Hang zum Minimalismus in der schweizerischen Wirtschaftshierarchie zu solchen Höhen aufsteigen konnte. Seine Trinkfestigkeit und die Zugehörigkeit zu einer schlagenden Studentenverbindung dürften dazu beigetragen haben. Wir beide schwärmten übrigens damals für dieselbe Frau, just jene, mit der ich vor kurzem den 35. Hochzeitstag feiern konnte. Und sie ist es auch, die uns im BULLETIN mit ihrer «Aus-Lese» erfreut.

Die nun zu Ende gehende Arbeit in der BULLETIN-Redaktion war geprägt von lockerer Team-Atmosphäre und gelegentlichen Zitterpartien, ob und wie eine Nummer termingerecht ihre Leserschaft erreichen könnte. Mit meinem Dank für gewonnene Einsichten und Techniken verbindet sich der Wunsch für eine gedeihliche Fortentwicklung des Blattes, um welches die Zuger Alternativen von anderen politischen Parteien zu Recht beneidet werden. ■

Gerhard Schmid verabschiedet sich aus der BULLETIN-Redaktion.



Buch



Aus-Lese

**Georgette Schmid,
Mediathekarin kbz**

Im letzten BULLETIN kündigte ich die Besprechung eines Buches von **Christine Rinderknecht** an, deren Lesung ich in der Bibliothek Menzingen besuchte. In «**Ein Löffel in der Luft**» schildert die Autorin höchst lebendig und mit feiner Ironie ein spießiges Familienleben in der 50er- und 60er-Jahren aus der Optik der heran-



wachsenden Tochter. Die Familie verliert durch einen Autounfall ein Kind und versucht sich in der Folge mittels Erfüllung materieller Wünsche abzulenken. Dabei kommen die zwischenmenschlichen Bedürfnisse zu kurz, was bei der Ich-Erzählerin Asthma-Anfälle auslöst. Sie befreit sich schliesslich aus der beklemmenden Enge, indem sie mit 17 Jahren per Autostopp in den Süden fährt und zu schreiben beginnt.

Auch «**Das gefrorene Meer**», der stimmige und leicht lesbare Roman von **Judith Giovannelli-Blocher**, thematisiert die Jugend eines Mädchens. Lore gehört einer

kinderreichen Familie an, die während des Zweiten Weltkriegs im Kanton Schaffhausen lebt. Der Alltag im Pfarrhaus verläuft geordnet, aber insofern belastend, als der Vater sich in seinem Beruf überfordert und zu Depressionen neigt.



Die Mutter ist der Familie eine wichtige Stütze, und so gibt es viele glückliche Momente. Wenn es schwierig wird, flüchtet Lore in ihre Fantasiewelt. Früh setzt sie sich für Benachteiligte ein, was sich später auch auf ihre Berufswahl auswirkt. Wie alle ihre Schwestern wählt sie einen sozialen Wirkungskreis. Bruder Christoph alias Rolf erscheint im Buch nur am Rande. Auf die Frage anlässlich einer Lesung, wie sie zu ihrem wesentlich jüngeren Bruder stehe, äusserte sich Judith Giovannelli zurückhaltend.

Mehr über das Phänomen Blocher sowie politisch-ethische Kernthemen im Allgemeinen erfahren wir in «**Lust an der Politik**» von **Andreas Iten**. Der Autor macht sich Sorgen um die Politik als moralische Instanz. Sein Kaleidoskop tief-sinniger Betrachtungen untermauert er mit Zitaten von



Epikur über Kant und Schopenhauer bis zu namhaften Zeitgenossen: ein lesenswertes Plädoyer eines Freisinnigen mit Gemeinsinn in einer Zeit, wo primitive Instinkte und globalkapitalistischer Kannibalismus um sich greifen.

Seit der Pflichtlektüre von La Rochefoucaulds «Maximes» in der Mittelschule war ich von Aphorismen nicht besonders angetan. Zufällig gerieten mir kürzlich gleich zwei Aphorismus-Bändchen in die Hände, und siehe da, ich entdeckte plötzlich den besonderen Reiz dieser prägnanten literarischen Form, und zwar in: «**Keine Kompromisse**» des in Zug bestens



bekanntem **Felix Renner** und «**Auf den Kontra-Punkt ge-**



bracht» der Zürcher Journalistin Liv Kortina. Diese auf Beobachtungen und Gedankenspielen beruhenden Konzentrate von Meinungen und Empfindungen, vielfach mit einer humoristischen Pointe abgerundet, entpuppen sich beim vertieften Lesen als Schmunzelquellen und Lebenshilfen. Ich nehme mir pro Woche einen Leitspruch vor, für diese und die nächste sind es folgende: «Je dürftiger ihre Ideen, desto deftiger ihre Ideologie.» (Renner) und «Mit einem Traummann darf frau alles, bloss nicht erwachen.» (Kortina). ■

Literaturangaben

- Christine Rinderknecht: Ein Löffel in der Luft, Pendo.
- Judith Giovannelli-Blocher: Das gefrorene Meer, Pendo.
- Andreas Iten: Lust an der Politik, WERD.
- Liv Kortina: Auf den Kontra-Punkt gebracht, Cornelia Goethe.
- Felix Renner: Keine Kompromisse, Nimrod.



Von der Unfähigkeit, sich am Leben zu halten

«Son frère» von Patrice Chéreau

Oswald Iten, Zug

Gleich mehrere Filme beschäftigen sich in der aktuellen Kinolandschaft mit dem Sterben. Neben der Dokumentation «Früher oder später» von Jürg Neuenschwander sind es insbesondere die Spielfilme «My life without me» und «Les invasions barbares», die den Zuschauer mit todkranken Protagonisten konfrontieren. In beiden Fällen versuchen die Sterbenden Spuren im Leben nach ihnen zu hinterlassen. Während «My life without me» sein verklärtes Bild der Situation ganz aus der Sicht der egoistischen Sterbenden bezieht, gelingt dem Frankokanadier Denys Arcand ein humorvolles und gleichzeitig bewegendes Sittengemälde.

Nun kommt zum Jahreswechsel «Son frère» von Patrice Chéreau («Intimacy») auf unsere Leinwände: Als Thomas (Bruno Todeschini) einen besonders starken Schub einer unheilbaren Blutkrankheit erleidet, sucht er Hilfe bei seinem jüngeren Bruder, mit dem er seit langem keinen Kontakt mehr hatte. Dieser kümmert sich nur widerwillig um ihn, weil zwischen ihnen offensichtlich noch alte Wunden offen sind. Im Gegensatz zu den Protagonisten der oben genannten Filme führt Thomas' Krankheit nicht unweigerlich zum Tod; mit Therapien und Operationen könnte das Überleben garantiert werden, sofern er bereit wäre, mit dem Risiko zu leben und einige Einschränkungen zu akzeptieren. Doch alles macht den Anschein, dass Thomas sein Leben der Krankheit kampflos überlässt, was die Angehörigen umso mehr belastet. Der schwule, jüngere Bruder Luc (Eric Caravaca) er-

weist sich im Verlaufe des Films als ebenso unfähig, eine Beziehung zu erhalten und erst allmählich wird ihm seine Liebe zum sterbenden Bruder bewusst.

Der lange und qualvolle Leidensweg findet in grobkörnigen, realistischen Bildern seinen filmischen Ausdruck. Nichts wird ästhetisiert, obwohl die Bildkompositionen durchwegs überzeugen. In unspektakulärer Art und Weise werden intime Situationen des (Spital-)Alltags gezeigt; ein Wegschauen gibt es nicht. Besonders wirkungsvoll ist in diesem Zusammenhang die Rasierszene, die übrigens mit echten Krankenschwestern halbdokumentarisch gedreht wurde. Die Konsequenz des Realismus geht soweit, dass mit Marianne Faithfulls «Sleep» nur ein einziges Mal während einer Traumsequenz gegen Ende des Films Musik ertönt, die dadurch schon fast erlösend wirkt.

In seiner Anlage erinnert der Film an das italienische Melodrama «Cronaca familiare» von Valerio Zurlini von 1962, wo sich Marcello Mastroianni an seinen sterbenden Bruder erinnert. Doch «Son frère» bezieht seine Gefühle ganz aus dem Spiel der Darsteller, die geschickt Sentimentalitäten vermeiden, und einer Inszenierung, die ohne Pathos auskommt.

Dadurch ist ein Film entstanden, der uns das Leiden zwar unverklärt nahe bringt, der sich aber trotz einer Länge von nur 95 Minuten gelegentlich etwas hinzieht. Doch vermittelt dies recht treffend das Gefühl eines Besuches am Sterbebett eines Angehörigen, dessen Präsenz ganz einfach banal und genervt, auf keinen Fall jedoch bedeutungsvoll wirkt.

Alles in allem hat Patrice Chéreau mit «Son frère» einen sehenswerten Film über eine schwierige Annäherung ungleicher Brüder gedreht. ■





Vielleicht der beste Slogan an der grossen **Frauentdemo** vom 13. Dezember:

«**Die Schweiz sagt Ja zur Prostata!**»

Während im Bundeshaus nun Diktat statt Konsens herrscht, erreicht die Kollegialität in der Zuger Regierung ungeahnte Höhen. Ein Augenschein in Hagendorn versammelte den gesamten Regierungsrat, der Transport erfolgte ohne Chauffeur und streng ökologisch mit zwei Privatfahrzeugen. Da Baudirektor **Hans-Beat Uttinger** beim vorangehenden Mittagessen einem Cognac nicht ausweichen konnte, chauffierte schliesslich RR **Hanspeter Uster** HBs grossen Mercedes mitsamt der halben Regierung nach Hagendorn. Dort wunderten sich die Wartenden über die flotte Fahrweise von ZG 2004 – Uster erwischte bei der Parkplatzsuche den Kickdown. Merke: Regieren heisst, im richtigen Moment das Steuer übernehmen und Gas geben.

Gas geben auch die Prognostiker in Bern. So ist dem BULLETIN der Entwurf für die **Traktandenliste der Bundesratssitzung vom 13. Januar 2009** zugespielt worden:

- 1) Hineinrollen der Bundesräte
- 2) Synchronisation der Hörapparate
- 3) Absingen der Nationalhymne und Abnahme des Rütlischwurs
- 4) Beratung des Sparpaketes 2009 bis 2013
- 5) Wechseln der Infusionen
- 6) Weiterberatung des Sparpaketes 2009 bis 2013

- 7) Gebisskontrolle
- 8) Aktion Schulplakate «Alfred Anker»
- 9) Justierung der Katheter
- 10) Hinaustragen der Bundesräte

Fast aus dem Nationalratssaal hinausgetragen werden mussten die **CVP-Frauen** am 10. Dezember. Das ganze Elend der bürgerlichen Frauen aber bekamen Herr und Frau Schweizer komprimiert in 30 Minuten in der Samstagrundschaue vom 13.12.2003 präsentiert. Die Präsidentin der CVP-Frauen Schweiz, die Luzerner Grossrätin **Ida Glanzmann** gab schliesslich im fünften Anlauf der für einmal aufässigen Journalisten zu, dass sie «zu lieb» gewesen sei. Tränen schossen einem in die Augen, als sie voller Stolz berichtete, wie gut sie es in der Grossrats-Fraktion mit den Männern haben und wie dann dort die Fraktion auch geschlossen aufträte. Die Männer wirds freuen ...

Gefreut hat sich die SVP über **Zysiadis, Huguenin und Vanek**. Ideologie und Politik – das beherrscht die SVP. Ideologie statt Politik, das beherrschen die drei welschen **IdiotInnen** von PdA und Alliance Socialiste.

Das viel beniedene gesellschaftliche Vorbild der **SVP-Führung** sind die USA, wo Bush und Konsorten schon viel weiter sind bei der Umverteilung von unten nach oben. Weiter sind sie auch bei der medialen Abfütterung. Dort fangen sie schon früh damit an: 36% aller Kinder unter 2 Jahren haben inzwischen einen Fernseher

im Zimmer. Das spart die staatlich finanzierte Kinderkrippe und erleichtert die Aufzucht von Stimmvieh, das später blöd genug ist, die eigenen Metzger zu wählen.

Viel mediales Futter gabs rund um die BR-Wahlen – **Jean-Martin Büttner**, der hellste Tagi-Journalist, brachte es wenige Tage vor der Wahl mit den **drei Blocher-Axiomen** auf den Punkt:

«Erstens haben Regierung und Parlament keine Ahnung vom Volk. Zweitens weiss Christoph Blocher am besten, was gut ist für das Land. Drittens schaden alle, die ihm darin widersprechen, der Heimat.»

Und wir fügen viertens hinzu: Wahr ist etwas nicht, wenn es stimmt, sondern wenn Blocher es sagt.

Die Definition von «jung» lieferte **Neo-BR Merz** im ersten langen Radiogespräch auf DRS1. Dort schilderte er, wie er als Alter es auch mit den Jungen kann: der Auftritt bei den Jungfreisinnigen – einige Dutzend (leicht angegraute?) 30- bis 35-Jährige – sei ein voller Erfolg für ihn gewesen.

In Zug wissen wir schon ein bisschen länger, wie die Freisinnigen «jung» definieren: U 40.

Ach ja, die **FDP**. Wie oft ist sie in den letzten Jahren ungespitzt in den Boden gerammt worden von Blochers Politsoldateska? Wie tief musste sie fallen, um für den Kniefall vor dem Zürcher Capo richtig positioniert zu sein? Richtig: «Tiefer als sie denken»

Zum Thema «Schlauer, als sie denken» hier zwei FDP-Personenrätsel*:

1) Den Minitunnel bekämpft er mit allen Mitteln. Die todgeweihte, da nicht untertunnelbare «Tangente Nord» bei Inwil liebt er heiss. Kein Wunder: das Südportal des Minitunnels steht gegenüber seiner grosszügigen Villa am See, die Tangente Nord hingegen würde die Schliessung der grauen Gut-schrankabfahrt erlauben, welche die Wohnqualität seines neu hochgezogenen Wohn- und Gewerbehäuses beeinträchtigt. Zudem kämpft er für Einzonungen dort, wo das Stimmvolk Grünflächen will. Ihm gehört das Land ...

2) Er fragte: «Ist es richtig, dass wir Älteren so stark auf unsere Rente fixiert sind?». Richtig: das kann nur einer sagen, der die Rente selber nicht nötig hat.

Grosses Bedauern bei der Alternativen Fraktion über den geräuschvollen Rücktritt von SVP-Gemeinderat **Christoph Häusler**, dessen Salto rückwärts im zweiten Anlauf schliesslich klappte. «Der war ja nie da und konnte nicht gegen uns stimmen.»

* 1 der Zuger FDP-Gemeinderat und L&G-Erbe **Ulrich Straub**

* 2 FDP-Ständerat **Rolf Schweiger**

Veranstaltungen



Veranstaltungskalender

MI, 7. Januar: Infoabend zu Avanti, Mietrechtsrevision, Verwahrungsinitiative
19.00, Zalt (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug.

Abstimmungen 8. Februar: Versammlung für SGA-Mitglieder und -SympathisantInnen (Parolenfassung) sowie Infoabend für alle Alternative. Es informieren: Mietrechtsrevision (**Jo Lang**, Nationalrat Alternative Kt. Zug); Verwahrungsinitiative (**Patrick Cotti**, Gemeinderat Zug); Avanti (**Armin Braunwalder**, Grüne Bewegung Uri + Vorstand Alpeninitiative).

MI, 7. Januar: Jo Lang berichtet aus dem Nationalrat
20.15, Zalt (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug.

Was sagt Jo Lang zur neuen Regierung? Was sagte er in seinem ersten Votum? Nutzt die Gelegenheit, um Fragen zu stellen.
Offen für alle Interessierten!

DO, 8. Januar: Monatsbar
18.30, Zalt (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

Mi, 14. Januar: Veranstaltung zu den Abstimmungen vom 8. Februar
20.00 h, Rest. Rössli, Steinhausen.

Hanspeter Uster spricht zur Verwahrungsinitiative.

Manuela Weichelt nimmt Stellung zum Avanti-NEIN. Mietrecht (ReferentIn offen)
Offen für alle Interessierten!

SA, 17. Januar: Aktionstag Avanti-Nein
Ab 10.00, Bundesplatz, Zug.

MI, 21. Januar: Öffentliches Avanti-Podium

20.00, Burgbachsaal, Zug.

Avanti NEIN: Jo Lang (Nationalrat Alternative Kanton Zug), Käthy Hofer (Kantonsrätin SP)

Avanti JA: Marcel Scherer (Nationalrat SVP) sowie ein weiterer ReferentIn.

Leitung: Werner Steinmann (Chefredaktor Neue Zuger Zeitung)

MI, 21., bis Fr, 23. Januar: The Public Eye on Davos
Globalisierungskritischer Kontrapunkt zum WEF. Offen für alle Interessierten. Infos: www.evb.ch/publiceye.htm

DO, 5. Februar: Monatsbar
18.30, Zalt (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

DO, 4. März: Monatsbar
18.30, Zalt (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

FR, 26. März: Die Andere Disco mit DJ Antony (und GV Verein DAS BULLETIN)
Siehbachsaal, Chamerstrasse, Zug.

19.30-20.30 Generalversammlung. Gast Jo Lang, der über seine ersten 100 Tage als Nationalrat der Zuger Alternativen berichtet.

20.30-24.00: Die Andere Disco mit DJ Antony. Tanzen, Trinken, Essen, Diskutieren, Lachen, Leute wiedersehen ... Eintritt 10 Franken.

Die Alternative Kanton Zug freut sich auf viele Beweget!

DO, 8. April: Monatsbar
18.30, Zalt (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

Grosser Gemeinderat / Kantonsrat



Neue SGA-Ratsmitglieder

Grosser Gemeinderat Stadt Zug: Nach 13-jähriger Amtszeit tritt Martin Stuber (SGA) aus dem GGR aus. Er konzentriert sich auf sein Mandat als Kantonsrat. Nachfolgerin ist die 33-jährige Astrid Estermann (SGA). Die Präsidentin der IG Velo Zug ist als Sozialarbeiterin tätig und wohnt zusammen mit ihrem Freund in der Herti.

Bereits an ihrer ersten Sitzung vom 25. November 2003 hat Astrid Estermann die Fraktion erfolgreich vertreten. Der Stadtrat lehnte die Motion von Martin Stuber für eine Velostation am neuen Bahnhof ab. Der GGR folgte Estermanns Antrag auf Rückweisung dieser Stadtratsvorlage. Der Stadtrat muss nun ein verbessertes Projekt zur Velostation präsentieren.

Kantonsrat: Der für Zugs Alternative in den Nationalrat gewählte Jo Lang (SGA) wird den Zuger Kantonsrat Ende Februar 2004 verlassen. Für ihn wird SGA-Präsident (und BULLETIN-Produzent) **Stefan Gisler** (35) zur Alternativen Fraktion stossen. Stefan Gisler war Redaktor, dann als IKRK-Delegierter in Afrika und arbeitet heute für das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH. Er wohnt mit Tochter und Partnerin in Oberwil. Vor ihm wären noch Johanna Thommen und Tanja Forster auf der Wahlliste gewesen. Beide haben in der Zwischenzeit ihre berufsbegleitenden Ausbildungen begonnen, so dass sie aus Zeitgründen auf den Kantonsratsitz verzichteten. Die Alternative Fraktion im Kantonsrat setzt sich nun weiterhin aus drei Männern und fünf Frauen zusammen. ■

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 4, Dez. 2003, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Natalie Chiodi, Elisabeth Höfliger, Michel Mortier, Adelina Odermatt (Fotos), Gerhard Schmid, Martin Stuber.

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress, Zürich

Gedruckt auf Reprint FSC (50% Recycle Papier, 50% FSC zertifizierter Frischfaseranteil)

Nutzaufgabe: 1200 Ex.

WEMF beglaubigte Auflage: 1062 Ex.

Abonnements: Fr. 20.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-; Unterstützungsabo: Fr. 50.- Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-
Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 1/2004. Redaktionschluss: Freitag, 19. März 2004; Erscheinungsdatum: Mittwoch, 31. März 2004

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.sga-zug.ch